

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Nazis in Hellersdorf

Man stelle sich einen Augenblick lang dieses bizarre Bild vor: Hellersdorf zu DDR-Zeiten. An einem U-Bahnhof roten sich 650 faschistische Totschläger zusammen. Sie bringen Nazi-Parolen und Nazi-Fahnen mit. Sie halten blutrünstige Reden gegen Ausländer. Ihre Sprechchöre wünschen der Menschheit die Pest an den Hals. Die braunen Banditen werden von 2 300 Polizeibeamten abgeschirmt, die den Befehl haben, sie vor Gegendemonstranten zu schützen. Als sich diese unter Losungen der Völkerfreundschaft und des Friedens nähern, greift die Volkspolizei brutal ein und nimmt 140 Festnahmen vor. Bei dem ganzen Geschehen ist die Justiz voll mit im Spiel. Ein Gericht hat die Nazi-Kundgebung ausdrücklich genehmigt und die Gegenwehr der Bevölkerung verboten... Wischen wir die gespenstische Szene weg, denn sie ist unvorstellbar. Unter DDR-Bedingungen hätten sich 650 Faschisten weder ungestört organisieren noch ungeniert in der Öffentlichkeit zeigen können. Gegen jeden Versuch wäre die Staatsmacht sofort eingeschritten. Kein Volkspolizist hätte sich dafür hergegeben, jene zu schützen, die Ausschwitz und Majdanek, Sachsenhausen und Ravensbrück im Gepäck haben. Die Republik des „verordneten Antifaschismus“ hätte den Faschisten das Gefängnis verordnet. Denn „Demokratie“, die den Feinden der Demokratie den Weg öffnet, gab es bei uns nicht. Es gab auch keine „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, die die Totengräber der Freiheit unter den Schutz des Gesetzes stellte.

Das, was sich am 1. Mai in Berlin-Hellersdorf und anderswo in Deutschland abspielte, hat den pseudodemokratischen Heuchlern die Maske vom Gesicht gerissen. Es war die konsequente Fortsetzung des Verbots der Liebknecht-Luxemburg-Demo am 8. Januar. CDU-Polizeisenator Werthebach und CDU-Polizeipräsident Saberschinsky, die den angeblichen Attentäter aus Friedrichshain noch immer nicht gefunden haben wollen, wählten diesmal eine Doppeltaktik. Sie verboten sowohl den Hellersdorfer Nazi-Aufmarsch als auch die Gegenaktion der Antifaschistischen Aktion Berlin. Begründung: Die Polizei sei infolge zahlreicher anderer Verpflichtungen am 1. Mai außerstande, dem braunen Pack

einen „hinreichenden Schutz vor Übergriffen linker Gewalttäter“ zu gewähren. Erfahrungen hätten gezeigt, „daß sich gewaltbereite Linke durch ein Verbot nicht davon abbringen lassen, die Teilnehmer der NPK-Kundgebung tätlich anzugreifen“.

Einen Tag später genehmigte das Berliner Oberverwaltungsgericht die faschistische Zusammenrottung am U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße. Gleichzeitig wurde das Verbot der antifaschistischen Gegendemonstration bestätigt, da es deren Absicht sei, die Nazi-Parade „zu stören und zu verhindern“. Tatsächlich bewachten dann rund 2 300 Beamte etwa 650 Rechtsextremisten. 140 „Personen aus dem linken Spektrum“, dessen Demonstranten die Polizei abdrängte, wurden festgenommen. Die „Polizeitaktik zum Schutz der Kundgebungsteilnehmer“ habe sich bewährt, teilte Saberschinskys Pressestelle mit. „Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und „potentiellen Störern aus dem linken Umfeld“ seien verhindert worden.

Auch Hellersdorfs PDS-Bürgermeister Dr. Uwe Klett, der über ein von allen drei Parteien der Bezirksverordnetenversammlung veranstaltetes Mai-Fest der Kulturen präsidierte, war's zufrieden, obwohl er der „jungen Welt“ versicherte, daß er für den NPK-Aufmarsch „nicht viel Verständnis“ habe. Der Innensenator hätte die „politische Auseinandersetzung“ mit den Protagonisten der NPK-Krawalle „mehr pflegen müssen“. Die nächste Zeit werde zeigen „ob er sich in dieser Richtung mehr ins Zeug legt“. Immerhin sei die „wichtigste Gegendemonstration“ - das Fest der Kulturen - nicht verboten worden. Im übrigen habe man die NPK-Veranstaltung - das wisse er aus seinen Kontakten mit der Polizei - „wie ein Kinderspiel durchgeföhrt“. Er wolle damit aber nichts verharmlosen ...

Kinderspiel? Das ist wohl kaum das adequate Wort. Faschisten machen mobil. Vorerst im Taschenformat, wenn man von denen absieht, die sich in CDU und CSU versteckt halten. Werden sie morgen, von Polizei und Justiz beschirmt, wieder eine echte Reserve des Kapitals? Wehren wir den Anfängen!

K. St.



INHALT

Nazis in Hellersdorf	S. 1
...doch entschieden ist noch nichts	S. 2
Bemerkungen zu einem unverwechselbaren Holz-Buch	S. 3
Bewährtes unter neuen Vorzeichen	S. 4
Licht und Schatten	S. 5
Stärken und Schwächen eines Dokuments	S. 6
Plädoyer für enge Kontakte	S. 6
Ein unausgereiftes Dokument	S. 7
Noten vom Verfassungsschutz	S. 8
Das Ein-Prozent-Märchen	S. 8
Fremdarbeiter 2000	S. 9
So werden wie die Grünen?	S. 10
Lästige Demokratie	S. 11
Ammenmärchen	S. 12
Ganz unter uns	S. 12
Ein Arzt erhebt Protest	S. 13
Bouillon aus Hirngespinnsten	S. 14
Brüsseler Eindrücke	S. 15
Unser Herz für die Coordination	S. 16
Vorwärts zur Neo-NÖP!	S. 17
Kein Sozialismus aus der Retorte	S. 18
Lenins Sozialismusvorstellungen, Teil 2	S. 19
Kontakte mit dem Feind	
*Reporterskizzen (24)	S. 20
Am Rande bemerkt	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Anzeigen & Infos	S. 24

PDS: Gegenwind für die „Realos“ ...

... doch entschieden ist noch nichts

Der Eifer, mit dem allenthalben versucht wird, die Ergebnisse des jüngsten PDS-Parteitag zu deuten, ähnelt häufig dem Verfahren, aus Kaffeesatz Erkenntnisse herauszulesen. Diese sind natürlich vom jeweiligen Standort des Betrachters abhängig. Und so malen denn die einen das Gespenst der Existenzkrise und die anderen das der Parteispaltung an die Wand. Diese warnen vor Ausgrenzungsabsichten, jene gebärden sich als Trennstrichzieher. Manche politischen Konkurrenten der PDS reiben sich gar schon die Hände in Erwartung eines Wählerstimmen-Erbes, das ihnen von dieser - wieder einmal - als „todkrank“ diagnostizierten Partei zufallen könnte. Übertreibungen sind überall im Spiel.

Aufschlußreicher und verlässlicher hingegen ist die Resonanz, mit der die PDS-Basis auf Münster reagiert hat. Obwohl die Stimmen von „unten“ - gemäß dem pluralistischen Anspruch der Partei - durchaus variantenreich sind, weisen sie ein gemeinsames Merkmal auf: Es fehlt ihnen an Aufgeregtheit. Auf Panik stößt man nicht. Daß die Mehrheit der PDS-Mitglieder angesichts des von ihren beiden Galionsfiguren angekündigten Rückzugs „aus der ersten Reihe“ Gelassenheit an den Tag legt, hat seinen Grund in Verlauf und Resultaten der Münsteraner Beratung selbst.

Die Delegierten entsprochen mit ihren Mehrheitsentscheidungen offenbar einer Grundstimmung in der Partei. Einerseits billigten sie, daß die von den „Reformern“ initiierte, auf ein neues Parteiprogramm abzielende Debatte weitergeführt wird; sie räumten auch ein, das geltende Grunddokument sei „überarbeitungsbedürftig“. Andererseits stellten sie aber auch einen „erheblichen Klärungsbedarf über Grundsatzfragen“ fest und setzten einen konkreten Termin außer Kraft: Sie hoben nämlich den Beschluß auf, der die Vorlage eines modifizierten oder neuen Programm-entwurfs für den Sommer 2000 festschrieb. Damit zügelten sie die auf größte Eile drängenden Parteirechten, die bereits in Münster Pflöcke für eine Neufassung einzuschlagen gedachten. „Vergnatz blieb deshalb der sich als „Vordenker“ empfindende André Brie dem Parteitag fern.

Der Vorgang ist mehr als bloß ein Indiz dafür, daß die meisten PDS-Mitglieder keine Neigung zeigen, leichtfertig jenen durch Kompromisse geprägten Grundkonsens aufzukündigen, der mit dem derzeitigen Parteiprogramm gefunden wurde. Die Bedenken der Basis, daß mit Formulierungstricks programmatische Positionen geräumt werden könnten, die den antikapitalistischen Charakter der PDS als einen wesentlichen Grundzug ihrer Identität ausmachen, sind berechtigterweise of-

fenbar so stark, daß sie den „Erneuerern“ auch künftig zu schaffen machen werden. Gleiches trifft zu für die eindeutige Abfuhr, die dem Parteivorstand durch Zurückweisung seines Antrags erteilt wurde, UN-mandatierten Militärinterventionen „nach Einzelfallprüfung“ zustimmen zu können. In der bereits vor dem Parteitag leidenschaftlich geführten Debatte wurde erkennbar, daß sich hinter dem angestrebten Freibrief für eine „Einzelfallprüfung“ ein ganz anderes Problem verbarg: Ohne eine solche Option für UN-genehmigte Militäreinsätze, an denen dann auch Truppen aus NATO-Staaten und folglich die Bundeswehr teilnehmen könnten, bliebe die vom PDS-Vorstand angestrebte „Erlangung von Regierungsfähigkeit“ auf Bundesebene ein unerfüllbarer Wunschtraum.

Mit seinen Ergebnissen stellt der Münsteraner Parteitag so etwas wie einen Gradmesser für die politische Verfaßtheit der Mitglieder Mehrheit der PDS dar. Die ist offenkundig nicht bereit, den bisherigen Standort einer antikapitalistischen Systemopposition gegen das Linsengericht bürgerlicher Regierungskompatibilität einzutauschen. Es sei dahingestellt, ob man das - wie einige meinen - als „Sieg des linken Spektrums“ der PDS über die Verfechter einer weiteren Sozialdemokratisierung feiern kann. Fest steht allerdings: In Münster wurde das Lager der führenden „Reformer“ nicht gestärkt.

So liegen bei den PDS-Spitzenfunktionären die Nerven blank. Nach anfänglicher Verwirrung und gereizten Reaktionen beschworen sie mit Kassandrarufern Unheil über die Partei herauf, falls diese künftig vom Pfad der „Erneuerung“ abweichen sollte. André Brie bewertete den Parteitag als „schweren Rückschlag“. Petra Pau, ebenfalls vom rechten Flügel, klagte, daß die PDS ihre „Politikfähigkeit“ nun erst wiedergewinnen müsse. Gregor Gysi malte das Gespenst von der „Sekte“ an die Wand, zu der die PDS verkomme, so sie nicht nachfolgenden „Pragmatikern“ vom Kaliber der Bartsch, Pau und Claus die Treue halte.

Die aber lassen keinen Zweifel daran, daß sie Gysis politisches Konzept weiterzutreiben gedenken. Dabei sehen sie in der Neubesetzung der Parteispitze eine Chance, die Scharte von Münster auszuwetzen. Damit das rasch geschieht, wurde der Wahlparteitag auf Oktober vorgezogen. Die in seinem Vorfeld eingeschlagene Taktik läßt das Hauptziel der „Reformer“ erkennen, nach Schadensbegrenzung wieder in die politische Offensive zu kommen. Von Beginn an wurde die Mitgliedschaft auf den angeblich einzig akzeptablen Personenkreis eingestimmt - verbunden mit konzertierter Diffamierung der „Uner-

wünschten“. Gregor Gysi kleidete das in die Formel: „Schluß mit der Toleranz gegenüber der Intoleranz“. Dieser Appell entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, waren es doch Gysi und Bisky, die auf einem der vorangegangenen PDS-Parteitage die Delegierten mit dem Ultimatum „Die oder wir!“ nötigten, eine politische Konkurrentin vom neuen Vorstand fernzuhalten. Und der demissionierte Fraktionschef drängt ja auch heute die PDS-Basis zu „klarer Entscheidung“, ob sie den Weg der „Integration in die Gesellschaft“ fortsetzen oder die Rolle eines „Fremdkörpers“ spielen wolle. Originalton Gysi: „Die Leute, die nun aus der zweiten Reihe in die erste rücken, müssen von Anfang an klarmachen, daß in der PDS nicht alles geht“. (Interview in „Stern“ 16/2000, S. 253). Sonst sei die Partei „existentiell bedroht“.

Als sich andeutete, daß zwischen erwünschten Nachfolgern um die vakanten Führungspositionen ein Machtkampf entbrennen könne, traten die politischen Erblasser heftig auf die Bremse. Sie forderten von den „Reformern“ ein Höchstmaß an „Solidarität“. Der Appell zu solcherlei Korpsgeist wird ergänzt, indem man auf Verfahrensregeln Kurs nimmt, die ernsthaftem Einfluß der Mitgliedschaft auf Auswahl und Bestätigung des künftigen Führungspersonals einen Riegel vorschieben. Eine von Hans Modrow angeregte Mitgliederbefragung fand keine Gegenliebe. Gysi mokierte sich vielmehr über eine „Kür des künftigen Parteichefs auf Regional-konferenzen“, bei denen der Beifall entscheide. Stattdessen sollten sich die Partei- und Fraktionschefs aus den neuen Ländern sowie der Parteivorstand „untereinander“ (!) über einen gemeinsamen Vorschlag verständigen. Der wäre dann auf dem Parteitag leichter durchsetzbar. Sobald die vereinbarten Kandidaten feststünden, erhalte die Mitgliedschaft Gelegenheit zur Diskussion, „auch“ über „Inhalte“.

Lavieren einerseits, die knallharte Absicht, den Ball in den eigenen Reihen zu halten andererseits, sind also angesagt. Die weitere Entwicklung der PDS bleibt spannend. Die trickreichen „Reformer“ werden alles tun, ihr Debakel von Münster wettzumachen. Aufschlußreich ist übrigens, daß bürgerliche Zeitungen wie die „Süddeutsche“, „Der Spiegel“ und andere inzwischen dazu übergegangen sind, den rechten Flügelleuten einen gängigen Namen zu geben: „Realos der PDS“. Denkt man da nicht an eine andere Partei der BRD, deren „Realos“ über die „Fundis“ siegten und erst danach zur Regierungsteilnahme zugelassen wurden? Sie verwandelten sich so aus den Grünen in die feldgrauen Aggressionsbefürworter. Keine erhebenden Aussichten ...

Wolfgang Clausner

Gab es auf deutschem Boden einen eigenständigen revolutionären Prozeß?

Bemerkungen zu einem unverwechselbaren Holz-Buch

Die Glut des Sozialismus unter der Asche nicht erlöschen zu lassen - das forderte Spanienkämpfer Fritz Teppich zum 114. Geburtstag Ernst Thälmanns in Ziegenhals.

Darum geht es auch in dem neuen Buch „Sozialismus statt Barbarei. Ein Beitrag zur Zukunftsdebatte“, das jetzt vorliegt. Mit seinem Autor, dem Kommunisten Hans Heinz Holz, ergreift einer der profiliertesten marxistischen Philosophen unserer Zeit einmal mehr das Wort. Man muß dem Verfasser bescheinigen, daß er durch Gespräche und Arbeitskontakte vor Ort darum bemüht gewesen ist, sich als jemand, der nicht in der DDR gelebt hat, umfassendere und konkretere Einblicke in die 40jährige sozialistische Entwicklung östlich der Werra zu verschaffen.

Es liegt uns ein unverwechselbares Holz-Buch vor. Es hebt die Argumentation von der Ebene der Betrachtung auf das theoretische Niveau dialektisch-materialistischer Durchdringung der Geschichte des Sozialismus seit 1844, ihrer Höhen und Tiefen, ihrer Erfolge und Niederlagen sowie der entsprechenden Ursachen, um vernünftige Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Die stärksten Partien des Buches sind jene, in welchen, philosophiegeschichtlich gekonnt, die Untersuchungen und Schlußfolgerungen von Marx, Engels und Lenin bis etwa 1923 ausgewertet wurden (zusammenhängend bis S. 65). Ich spreche bewußt von Schlußfolgerungen, nicht wie der Verfasser von Vorstellungen, weil das zutreffender ist und auch der Position von Marx und Engels entspricht.

Manchen Lesern ist bekannt, daß Lenin in seinen philosophischen Heften (LW Bd. 38, S. 344) auf zwei Gruppen von Wurzeln für das Zustandekommen menschlicher Erkenntnisse, Ideen, Auffassungen usw. verwiesen hat: erstens auf rein logische oder erkenntnistheoretische (Begriffe, Urteile, Schlußfolgerungen, Annahmen, Beweisführungen, Theorien) und zweitens auf soziale Wurzeln (durch Erlebnis, Erfahrungen und vor allem Klasseninteressen geprägte). Seit März 1989 habe ich deutlicher als früher zur Kenntnis nehmen können, wie stark rein logische Beweisketten durch Existenzangst oder kleinbürgerliche Anpassung überlagert, beeinträchtigt oder gar ausgeschlossen werden. Andererseits kann jemand den Wert jeder menschlichen Errungenschaft im Vergleich zum vorhergehenden Zustand viel besser ermessen, der bei Bestehen gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln für die Organisierung der Arbeit und die Sicherung des Lebens Verantwortung trug, als jemand, der selbst mit bestem Willen nur theoretischen Zugang zur Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung hatte.

Die ersten viereinhalb Kapitel des Holz-Buches sind gewissermaßen auf dem Niveau von Lenins „Staat und Revolution“ (September 1917) verfaßt worden; sie hätten auch damals von einem theoretisch fähigen Wissenschaftler, der sich für die Befreiung der Arbeiterklasse einsetzte, geschrieben werden können. Dazu wäre die reale Geschichte des Sozialismus seit 1917 kaum erforderlich gewesen. Die Nutzung umfassenderer Analysen der Hinweise

und Schlußfolgerungen von Marx und Engels für die sozialistische und kommunistische Zukunft der Menschheit als sie H. H. Holz im Rahmen seiner Aufgabe vorlegen konnte, wird auch in Zukunft unverzichtbar sein.

Es folgen die Kapitel „Die Organisationsform - sozialistische Demokratie, Rechtsordnung und Staat“, „Internationalismus“, „Die Erfahrungen der DDR beim Aufbau des Sozialismus“ und „Wege zum Sozialismus - der revolutionäre Übergang“. Praktische Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus berücksichtigt H. H. Holz, soweit sie von Lenin bis 1923 gemacht und überliefert wurden, und vor allem anhand des 1969 erschienenen Buches „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“. Auch auf Publikationen von U. Huar, H. Klemmer, U. J. Heuer u. a. wird zurückgegriffen (S. 66-69, 82-87, 101). Leider finden die Leistungen, die unter der Führung kommunistischer und Arbeiterparteien in der UdSSR seit 1924 und nach 1945 in europäischen und asiatischen sozialistischen Ländern sowie in Cuba erbracht wurden und z. B. von der kommunistischen Weltbewegung 1969 in Gestalt der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus präzisiert worden sind, keine sichtbare Berücksichtigung (vgl. z. B. 41/42, 116/117). Daß das von einer Person objektiv kaum bewältigt werden kann, sei gerechterweise betont.

Vorerst haben sich Fachleute, die bis 1989 gesellschaftswissenschaftlichen Akademien sozialistischer Länder angehörten, unter den konterrevolutionären Bedingungen (und vielfach auch infolge subjektiver ideologischer „Verwandlung“) nicht zu einer verabredeten und planmäßigen Analyse der Bedingungen von Erfolg und Niederlage zusammengefunden. So sollten wir froh darüber sein, daß sich ein herausragender kommunistischer Gelehrter aus der ehemaligen BRD ehrlich darum bemüht, nicht zuletzt auch früheren DDR-Bürgern „auf die Sprünge zu helfen“, wie er das auch schon in Zeiten unserer Niedergeschlagenheit, Ratlosigkeit und Verwirrtheit, nämlich 1991, mit seinem Buch „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ getan hat. (2. Aufl. 1992; Neue Impulse Verlag, ISBN 3-910080-00-6)

Widersprechen möchte ich der Holz'schen Auffassung, daß „die DDR von ihren Anfängen her nicht der sozialistische Staat der klassenbewußten Arbeiterklasse, als welcher sie sich verstand“, gewesen sei. Denn „nicht eine Revolution, die von den Massen oder wenigstens von einer kämpferischen Minderheit der deutschen Bevölkerung getragen worden wäre, bildete die Grundlage für die Gesellschaftsumgestaltung in Ostdeutschland, sondern der Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus“ (S. 102, auch 14/15).

Zweifellos hat der militärische Sieg der Roten Armee den nun freigesetzten deutschen Antifaschisten im Osten eine einmalige historische Chance geboten. Aber diese Möglichkeit ist ebenso zweifelsfrei jahrzehntelang zielbewußt

genutzt worden. Das war keineswegs in allen Regionen der Fall, in die sich die Rote Armee opferreich hineinkämpfen mußte. Man denke nur an Österreich. Wenn die Konzepte der - relativ wenigen - ab 1946 in der SED vereinigten deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten zur Bewältigung des täglichen Lebens und zur Überwindung der schrecklichen Nazi-Hinterlassenschaft nicht vernünftig gewesen wären, hätten weder die antifaschistisch-demokratische noch die sozialistische Ordnung errichtet und ausgebaut werden können. Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens (1945) wurden durch die sozialistische Besatzungsmacht zwar neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen; deren Nutzung und Ausgestaltung wäre aber ohne die deutschen Selbstverwaltungsorgane und die führende Rolle der SED undenkbar gewesen. Nicht mit einem neuen Menschentyp, sondern mit Millionen, die kurz zuvor noch der Demagogie der Faschisten erlegen waren, wurden die demokratische Bodenreform, der Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die tiefgreifenden Umgestaltungen in Verwaltung, Justiz und Schule sowie die Gründung der DDR und der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus vollzogen. In gewisser Weise waren das alles - wie schon die Oktoberrevolution 1917 in Rußland - nicht typische revolutionäre Prozesse. Sie hätten nach der Auffassung einiger gar nicht stattfinden dürfen, weil sie bestimmten Vorstellungen, Bildern, nach denen man die Wirklichkeit modeln möchte, nicht entsprachen.

Ein Hauptproblem, das unter Einbeziehung möglichst vieler Genossen, die in der DDR auf allen Ebenen Verantwortung trugen, erörtert werden sollte, sehe ich - auch angeregt durch das vorgelegte Buch - in folgendem: Was ist künftig zu tun, damit die sozialistische Gesellschaft, in der im Laufe der Zeit auch Neues älter, Progressives konservativ, Schöpferisches routiniert, Unzufriedenes behäbig, Solidarisches individualistisch, Lebendes tot, Optimistisches kraftlos, Gesundes krank, Schönes unschön usw. wird, dennoch immer wieder jung, modern, aufstrebend, eben „auf der Höhe der Zeit“ bleiben kann?

Uns aus der DDR kritische, auch unangenehme Fragen gestellt (S. 112-117) und uns angeregt zu haben, darüber, was wir konnten und nicht konnten, gründlicher nachzudenken (möglichst solidarisch, ganz gleich, ob bzw. wo wir jetzt politisch organisiert sind), ist das größte Verdienst von Hans Heinz Holz. Der bedeutende Philosoph gehört nach meiner Erfahrung zu den sich dazu öffentlich Äußernden aus dem Westen, die am tiefgründigsten begriffen haben, daß in der jetzigen BRD für die Verfechter fortschrittlicher Auffassungen völlig neue Möglichkeiten bestünden, wenn diese denn auch von führenden Kräften begriffen und systematisch genutzt würden.

Eike Kopf

Hans Heinz Holz. Sozialismus statt Barbarei. Ein Beitrag zur Zukunftsdebatte. Neue Impulse Verlag. Essen 1999.

ISBN 3-910080-17-0. 139 Seiten. 14,80 DM

Warum widerstand die kooperative Großproduktion in Ostdeutschlands Landwirtschaft?

Bewährtes unter neuen Vorzeichen

Der genossenschaftliche Weg hatte sich in der Landwirtschaft der DDR trotz Aktivismus, Deformierungen und administrativer Eingriffe in die Entwicklung der LPG bewährt. Damit wurden die Erkenntnisse von Friedrich Engels in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ zur Realität. Eine stabile und sichere Versorgung der Bürger mit Nahrungsmitteln war ständig gewährleistet. ... Wichtig für die Bäuerinnen und Bauern waren das hohe Maß an sozialer Sicherheit und die Realisierung gleicher sozialer Normen wie in anderen Bereichen der Wirtschaft. Damit verbanden sich die Überwindung sozialer und kultureller Rückstände in den Dörfern und die Entwicklung eines Wertesystems, das immer stärker von Gemeinsinn, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung geprägt war. ... Dieser Verlauf und die dabei durch die Menschen gesammelten Erfahrungen waren wohl ausschlaggebend dafür, daß sich nach dem Anschluß der DDR an die BRD die Mehrheit der Bauern im Umstrukturierungsprozeß der LPG wiederum für gemeinschaftliche Formen der Produktion und Arbeit entschieden hat. ...

Die im Einigungsvertrag geforderte kurzfristige Umstrukturierung der Landwirtschaft Ostdeutschlands führte zu einer tiefen Strukturkrise. ... Man muß dieser Politik Fehleinschätzungen und Unkenntnis der Lage im Osten vorwerfen, verbunden mit einer selbstgefälligen Siegermentalität und ideologischer Voreingenommenheit gegenüber Produktionsgenossenschaften und anderen Formen gemeinschaftlicher Produktion in der Landwirtschaft. Ohne Berücksichtigung der Entwicklungen in der DDR und der Willensbekundungen vieler Bauern wurde versucht, das Leitbild der EU-Agrarpolitik, den Kleinbetrieb, auch in den neuen Bundesländern durchzusetzen. ... Das Ziel der politischen Klasse der BRD bestand darin, in Ostdeutschland gleiche Strukturen zu entwickeln wie sie in den alten Bundesländern gegeben waren, und damit genossenschaftliche Entwicklungen zu verhindern. ...

Im Unterschied zu anderen Wirtschaftszweigen (Industrie, Verkehr, Bauwesen, Dienstleistungen) vollzog sich der sogenannte Transformationsprozeß in der Landwirtschaft jedoch anders als vorgesehen. Trotz Überstülpen der Rahmenbedingungen der EU-Agrarpolitik (ohne Übergangsregelungen) hat sich die Mehrheit der Bauern nicht für kleinbäuerliche, sondern für gemeinschaftliche Formen der Produktion und Arbeit entschieden. In der Landwirtschaft Ostdeutschlands haben sich Strukturen herauskristallisiert, die sich von de-

nen im früheren Bundesgebiet und auch der übrigen EU-Länder grundsätzlich unterscheiden.

Anteil der betrieblichen Größengruppen an der landw. Nutzfläche (LF) 1998 (in %)

ha/LF/Betrieb	Alt-BRD	Neue Länder
10-20	18,3	1,8
20-50	32,4	2,0
50-100	30,2	3,2
100-500	10,3	22,3
500-1000	0,6	18,7
über 1000	0,2	52,0

Während die Betriebe über 500ha/LF in den alten Bundesländern nur 0,8 % der LF bewirtschaften, sind es in Ostdeutschland 70,7 %. In den neuen Bundesländern bewirtschaften die Bauern 77 % der LF in kooperativen Formen der Produktion und Arbeit, von der GbR bis zur Agrar-genossenschaft.

Aus der Sicht linker Politik ist besonders der Anteil der Agrar-genossenschaften hervorzuheben. Produktivgenossenschaften, in denen die Genossen sowohl Anteilseigner als auch Produzenten sind, bringen eine neue Facette in die kapitalistische Produktionsweise. Nach § 1 des Genossenschaftsgesetzes bezweckt die eingetragene Genossenschaft die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Es geht also vorrangig um das Gemeinwohl der Mitglieder, nicht um Profitstreben. Inwieweit solche Ziele unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen Realität werden können, muß die Zukunft zeigen.

Daß dieser Weg ... möglich war, ist besonders auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Trotz negativer Erscheinungen in der DDR hatten viele Bauern auch die positiven Seiten einer gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Produktions-, Arbeits- und Lebensweise verinnerlicht.

- Die Treuhandanstalt besaß nur begrenzten Einfluß auf die Umstrukturierung der Landwirtschaft, er betraf nur deren volkseigenen Teil (7,7 % der LF der DDR im Jahre 1989). Über das genossenschaftliche Eigentum entschieden die Bauern in eigener Verantwortung.

- In der Landwirtschaft Ostdeutschlands konnte der in anderen Bereichen mit politischen, ökonomischen und juristischen Mitteln durchgesetzte Wechsel der Führungskräfte (Elitewechsel) nur begrenzt realisiert werden. Die Bauern haben sich wieder für die qualifizierten Fachleute entschieden, die sich bereits in der DDR als Leiter bewährt hatten.

In den letzten Jahren wurde eine Stabilisierung und Konsolidierung der Landwirtschaftsbetriebe erreicht. (Als Beispiele werden eine höhere Milchleistung je Kuh als in den alten Ländern und beachtliche Effektivitätsfortschritte dokumentiert.) Diese Entwicklung birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Risiken deshalb, weil sich die politische Klasse Westdeutschlands mit diesen Ergebnissen scheinbar noch immer nicht abgefunden hat. ... Risiken bestehen auch bei der Privatisierung des ehemals volkseigenen Bodens und in der Belastung der Agrar-genossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen mit sogenannten Altschulden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

1. Die Politik der Bundesregierung, in einem kurzen Zeitraum auch in den neuen Ländern eine Agrarstruktur nach bisherigen Leitbildern der westeuropäischen Agrarpolitik durchzusetzen, ist bisher gescheitert. ...

2. Trotz Diffamierung hat die genossenschaftliche Idee bei den Bauern in Ostdeutschland überlebt. Erfahrungen der Gemeinschaftsarbeit mit Solidarität und Berücksichtigung sozialer Anforderungen wirken weiter und beeinflussen Entscheidungen.

3. Trotz Vernichtung und hoher Verluste von Eigentum der Bauern, trotz Behinderungen und Benachteiligungen ist eine Konsolidierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland eingetreten.

Von diesen Entwicklungen in den neuen Bundesländern können wertvolle Impulse für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik der EU ausgehen.

Dr. Hans Watzek

Der Autor, der diese stark gekürzte Fassung eines Artikels aus den „Marxistischen Blättern“ (2/2000) für den „RotFuchs“ autorisierte, war 1989/90 Landwirtschaftsminister in der Modrow-Regierung.

Wir fordern die sofortige
Einstellung des zweiten
Gesinnungsprozesses gegen
Mitglieder des Politbüros
der SED!
Solidarischen Gruß
den Genossen
**Hans-Joachim Böhme und
Siegfried Lorenz!**

Warum die SED die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung war

Licht und Schatten

Den Anstoß zu diesem Artikel gab mir ein Genosse, der fragte, ob es nicht an der Zeit sei, sich klar und offen zur SED, zu ihrer historischen Rolle und zu ihren Leistungen zu äußern. Die Frage ist berechtigt. Mehr als zehn Jahre nach dem Untergang der SED gehört das Thema auf die Tagesordnung. Die Zerschlagung dieser Partei war das erste Hauptergebnis der Konterrevolution von 1989/90. Revisionistische Kräfte im Inneren bernachtigten sich damals im Wege eines Putsches ihrer Führungsstrukturen. Die SED wurde kampfunfähig gemacht und ein Teil ihrer Mitglieder auf die Bahn des Reformismus geführt. Die Sprachlosigkeit und Apathie der dann hinweggefegten alten Parteispitze hatten zuvor Hunderttausende ehrliche Genossen, die kämpfen wollten, schockiert und gelähmt. Andererseits setzten sich zahlreiche Karrieristen sofort ins politische Niemandsland ab oder begaben sich auf die andere Seite.

Seitdem sind Scharen von bürgerlichen und gewendeten Historikern damit befaßt, die geschichtliche Legitimität der SED zu zerstören und die Partei zu kriminalisieren. Wer sich diesem „Zeitgeist“ entgegenzustellen wagt, wird mit einem ganzen Geschoßhagel politischer Totschlagsbegriffe stigmatisiert. Sei's drum!

Als Kommunisten müssen wir auf die Frage nach dem historischen Platz der SED in den Kämpfen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung eine unzweideutige Antwort geben. Position zu beziehen ist auch für mich eine moralische und politische Pflicht. Schließlich war ich bis zuletzt 1. Kreissekretär der SED in Torgau. Es geht mir dabei nicht nur um die Verteidigung des Ansehens der Partei, der ich fast 40 Jahre angehörte, sondern auch um die Frage, welche Lehren sich für den künftigen Kampf aus ihrem Wirken ergeben. Wichtig ist zugleich, das Bewußtsein von der Dimension des schon einmal Er kämpften wachzuhalten.

Ich gestehe, der Versuch einer Antwort darauf hat für mich - wie sicher auch für zahllose andere Genossen - einen sehr persönlichen Aspekt. Die SED war die Partei, in der und durch die ich revolutionäres Bewußtsein erlangte und eine wissenschaftliche Weltanschauung erwarb. In ihr bin ich politisch mündig geworden. In ihren Reihen formten sich die für einen Kommunisten unerläßlichen Eigenschaften: Klassenstandpunkt, Prinzipienfestigkeit und revolutionäre Disziplin. Das subjektive Erleben steht aber einem objektiven Urteil nicht im Wege, sondern bildet einen dialektischen Zusammenhang damit.

Trotz ihrer Schattenseiten und ungeachtet ihres nicht gerade ruhmvollen Endes war die SED die bisher erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Kommunisten auf deutschem Boden. Sie leistete eine große, revolutionäre Arbeit. Sie stand für Frieden, internationale Solidarität und proletarischen Internationalismus, schlug sich für Demokratie und Sozialismus. Ihre außergewöhnliche Entstehungsgeschichte durch die Vereinigung von KPD und SPD auf

marxistischer Grundlage war ohne Beispiel. Die Gründung der Partei in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands resultierte aus dem gemeinsamen Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen den Faschismus. Sie war Ergebnis des dabei geschmiedeten Einheitswillens. Zugleich zeugte sie von der politischen Reife der KPD und engagierter Mitglieder der SPD, die sich imstande zeigten, eine konkrete historische Entscheidungssituation beherzt zu nutzen. Die damit möglich gewordene Einheit der Arbeiterklasse war eine gewaltige Errungenschaft. Sie bahnte den Weg zur Gründung der DDR und zum planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sowie der danach beginnende komplizierte und widerspruchsvolle Prozeß der Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Partei, die sich in hartem Klassenkampf zur führenden Kraft der Gesellschaft herausbildete, trugen nicht nur Züge der Einmaligkeit, sondern vermittelten zugleich auch eine Fülle künftiger nutzbarer politischer Erfahrungen.

Heute ist das Ausmaß der antifaschistischen Umerziehungsarbeit, die von der SED unter den Werktätigen, aber auch anderen Klassen und Schichten vollbracht wurde, kaum zu ermessen. Nur wer sich die verheerende politisch-moralische Verfassung des Volkes nach zwölfjährig Jahren faschistischer Verhetzung vor Augen führen kann, vermag das Geleistete objektiv zu bewerten. Wenn man dabei in Rechnung stellt, daß diese Arbeit unter den Bedingungen der Fortexistenz des Imperialismus im größeren deutschen Staat und bei offener Grenze getan werden mußte, versteht man meine hohe Wertung. Die dabei von der SED gesuchte Zusammenarbeit mit den im demokratischen Block vereinten Parteien und Massenorganisationen erwies sich als Beispiel kluger Bündnispolitik, auch wenn später unnötige Nivellierungen eintraten.

Die bedeutendste geschichtliche Tat der SED war ihr maßgeblicher Beitrag zur Gründung der DDR und deren Entwicklung zum ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden. Im Zuge dieses vier Jahrzehnte ausfüllenden revolutionären Prozesses hat die Partei der Arbeiterklasse der DDR durch spezifische Beiträge und Erkenntnisse den Erfahrungsschatz und das Wissen der kommunistischen Weltbewegung nicht unwesentlich bereichert. Dazu gehört zweifellos auch die von der SED entwickelte These, daß der Sozialismus „eine relativ selbständige Formation in der historischen Etappe des Übergangs zum Kommunismus ist“. Das theoretische und praktische Wirken der SED fand die Anerkennung vieler Bruderparteien, wie u. a. die 1983 in Berlin durchgeführte Internationale Wissenschaftliche Beratung aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx bewies. Wenn man die fast 44jährige Existenz der SED überblickt und dabei die komplizierten, sich ständig verändernden Kampfbedingungen in Betracht zieht, unter denen sie handeln mußte, erkennt man, daß die Partei insgesamt ein hohes Maß an

Flexibilität und Prinzipienfestigkeit miteinander zu verbinden wußte. Sie hat im ständigen Feuer des Klassegegners den größten Teil der Zeit Kurs gehalten. Dabei besaß sie über Jahrzehnte die Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Die geheime Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR, in der die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgeschrieben wurde, verlieh der SED auch formell eine demokratische Legitimation.

Das Bild bestand indes aus Licht und Schatten. Zur realistischen Sicht auf die SED gehört auch der kritische Blick auf ihre Irrtümer, Unterlassungen und Schwächen. Glorifizierung ist nicht Sache von Kommunisten. Die SED, die sehr unterschiedliche Etappen durchlief und auch auf uneinheitlichem Niveau geführt wurde, war keine Partei „ohne Fehl und Tadel“. Allein die äußeren und inneren Bedingungen gestatteten das nicht. Neben Beispielen hoher politischer Meisterschaft stehen Fehleinschätzungen und Verirrungen. Sie ergaben sich sowohl aus der falschen Bewertung von Klassenkampfsituationen als auch aus subjektiven Schwächen von Führungskadern.

Aus der Sicht meiner Erfahrungen will ich einige Defizite benennen, die Verzerrungen des Charakters der Partei verursachten. Hierzu gehört in erster Linie die zunehmende Entfernung von den Massen und die daraus resultierende Fehlbeurteilung ihres Denkens. Zurecht stellt Heinz Kessler fest, wir hätten „die Entwicklung des Massenbewußtseins überschätzt und den Enthusiasmus der Vorhut für die Meinung der Mehrheit gehalten“. Damit waren vereinfachte Vorstellungen von der Arbeiterklasse und Tendenzen ihrer falschen Heroisierung verbunden. Verhängnisvoll waren das Abgehen vom Leninschen Stil der innerparteilichen Demokratie und die unmarxistische Einschränkung von Kritik und Selbstkritik. In der theoretischen Arbeit kam es zu dogmatischen Erstarrungen einerseits und zur Unterschätzung revisionistischer Tendenzen in Kreisen der Parteintelligenz andererseits. Das Dokument von SED und SPD zum „Streit der Ideologien“ stellte de facto eine Kapitulation vor der Gegenseite dar. Hier zeigte sich am klarsten der Einfluß des „Gorbatschowismus“.

So deutlich wie diese Mängel und Deformationen heute erkannt und benannt werden - sie mindern nicht die historische Gesamtleistung der SED. Ohne sie hätte es die DDR nie gegeben - und die DDR war ungeachtet ihrer Schwachstellen die größte Errungenschaft in der Geschichte des deutschen Volkes. Die Diskussion über dieses Thema ist notwendig und überfällig. Es geht um die kompromißlose Verteidigung der wahren Rolle und der tatsächlichen Leistungen der SED - nicht um Beschönigung. Den Schmähern und Fälschern erteilen wir damit eine kommunistische Antwort. Die positive Bilanz der SED, die wir ins Geschichtsbewußtsein der Jüngeren heben müssen, gehört zum unverzichtbaren Arsenal für künftige Klassenkämpfe.

Dieter Itzerott

Frank Mühlefeldt berichtet aus dem Leben unserer Gruppe

Stärken und Schwächen eines Antrags

Am 25. April trafen sich Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der Gruppe Nordost zur Diskussion über den Antrag des Parteivorstandes an den 15. Parteitag („Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute“). Als Einstieg hielt Bruni Steiniger ein problemorientiertes Referat, das - aus ihrer Sicht - erkennbare Stärken und Schwächen des Dokuments herausarbeitete. In der äußerst lebhaften Diskussion, an der sich 15 Genossen, einige mehrfach, beteiligten, fanden die von ihr vorgenommenen Wertungen weitgehende Unterstützung.

Karl-Eduard von Schnitzler betonte z. B., er halte die Analyse für ausgezeichnet. Alle bewegte die Frage: Wie wollen wir mit dem Antrag, der in der Partei breit erörtert werden soll, umgehen? Dabei kristallisierten sich zwei Hauptgedanken heraus: Erstens halten wir es nicht für richtig, den vorliegenden Text insgesamt zu verwerfen, obwohl wir ihn über weite Strecken für unreif und unvollständig halten. Zweitens werden wir uns mit einer Meinungsäußerung an der UZ-Tribüne beteiligen und anregen, die Diskussion auch nach dem Parteitag weiterzuführen.

Einige Elemente des Gedankenaustauschs in der Gruppe sollen hier in ihrer Direktheit wiedergegeben werden:

„Das Antragspapier ist ein Konglomerat von guten bis zu völlig abzulehnenden

Gedanken.“ (**Hans-Günter Szalkiewicz**) „Wir dürfen nicht dahin gelangen, daß Marx, Engels und Lenins Klassiker unserer Weltanschauung auf eine Stufe mit den verschiedensten anderen Marxisten gestellt werden.“ (**Helga Archut**) „Wir halten an der Terminologie der Begründer unserer Weltanschauung nicht aus Starrsinnigkeit und deshalb fest, weil wir keinen Sinn für neue Gedanken hätten.“ (**Klaus Steiniger**)

„Hier handelt es sich um Differenzen, die auch international durch die gesamte Linke gehen.“ (**Renate Schönfeld**) „Es macht mich besorgt, wenn einige schon von Lenin analysierte Erscheinungen heute als neue Elemente des Imperialismus verkauft werden.“ (**Annemarie Mühlefeldt**)

Breiten Raum nahm das Verhältnis der DKP zur PDS ein. Man war sich einig: Das Ergebnis des Parteitages in Münster sei bedeutsam, dürfe aber nicht überbewertet werden; ein Linksruck oder eine Abkehr vom Reformismus hätten dort nicht stattgefunden. **Ulrich Huar**: „Unsere Chance, neue Mitstreiter zu gewinnen, haben wir nur von marxistisch-leninistischen Positionen aus.“

Mehrere Genossen wandten sich gegen die Gleichstellung des rechten Opportunismus mit angeblichen Dogmatikern. Als Bruni Steiniger auf die versteckte Absicht hinwies, „linke Kommunisten und Sektierer“ als Hauptgefahr in der DKP darzustellen,

gab es einen Zwischenruf: „Gemeint sind die Gruppe Nordost und der „RotFuchs“. **Jürgen Thiele** machte auf nichtmarxistische Formulierungen aufmerksam: „In mancher Hinsicht sieht man einen fast nahtlosen Übergang vom „Sozialismus-Papier zu dem neuen Antrag.“

Vermißt wurde in der UZ-Berichterstattung auch die Solidarisierung der DKP mit den aufrechten Kommunisten in der FKP, die sich standhaft gegen den rechten „Mutations“-Kurs ihres XXX. Parteitags gewandt haben.

Nicht ohne Verbitterung stellten einige Genossen fest, daß die Erfahrungen und Leistungen von DDR und SED im Dokument erneut „übersehen“ worden sind und daß die spezifischen Probleme der Ostdeutschen im Antrag keine Rolle spielen. Die meisten Autoren wußten offenbar nicht, „wie wir in der DDR gekämpft haben“. (**Walter Florath**) „Wir müßten Ergänzungsvorschläge ausarbeiten, damit sich die DDR-Bürger in diesem Papier wiederfinden.“ (**Hartwig Strohschein**)

Abschließend wurden sechs Genossinnen und Genossen beauftragt, den Beitrag der Gruppe Nordost zur Diskussionstribüne der UZ auf der Grundlage des Referats von Bruni Steiniger zu formulieren. Da nur ein Teil der „RotFuchs“-Leser auch die UZ verfolgt, veröffentlichen wir an dieser Stelle unseren Diskussionsbeitrag. (Seite 7)

Ein PDS-Genosse nach dem Besuch von DKP-Versammlungen:

Plädoyer für enge Kontakte

An drei Versammlungen der Berliner DKP-Gruppe Nordost habe ich bisher teilgenommen und mich vom ersten Augenblick an im besten Sinne des Wortes „unter uns“ gefühlt: unter Gleichgesinnten, die meist schon seit Jahrzehnten ihr Bestes für unsere gemeinsame Sache geben; unter Kommunisten, die auch nach der schlimmen Niederlage in der Konterrevolution 89/90 unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung die Treue gehalten haben; unter Genossen, die überlegen, was es aus positiven und negativen Seiten früher für den Sozialismus geleisteter Arbeit zu lernen gilt. Und unter Kampfgefährten, für die bei alledem feststeht: Die DDR bleibt die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse und unseres Volkes in seiner bisherigen Geschichte! Heute sind wir in der einzigartigen Situation, in ein und derselben Generation über Erfahrungen des antiimperialistischen Kampfes in der BRD und des sozialistischen Anlaufs in der DDR zu verfügen. Wie nutzen wir das?

Zur Zeit ist die DKP zahlenmäßig noch schwach, die KPD ebenfalls. Die Führung der PDS driftet immer schneller ins Sozialdemokratisch-Nebulöse. Obwohl der Parteitag in Münster in der Anti-Kriegs-Frage bewies, daß die rechte Vorstandsmehrheit noch nicht

alles mit der Basis machen kann, sind wir, die Kommunisten in der PDS, gegenwärtig nicht in der Lage, den Kurs, den Gysi/Bisky (oder Bartsch/Pau/Claus) steuern, herumzureißen. Ja, Bisky stellt den Kommunisten sogar in maßloser Arroganz anheim, die Partei zu verlassen (ND vom 26. 4. 00). Und der „Reformer“ Keller höhnt: Sollen sie doch eine KP gründen, „die bekämen bei Landtagswahlen nicht mal ein Prozent“ - was vielleicht stimmt (Spiegel 16/2000; zitiert nach ND vom 25. 4. 00). Den „Alten“, den Funktionären aus der SED, wirft er Mitschuld „an den Verbechen“ vor. Als langjähriger 1. Kreissekretär und späterer Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin soll ich mir wohl diese Jacke anziehen. Ich bin mir weder eines Verbrechens bewußt noch mangelt es mir am Nachdenken über begangene Fehler - schließlich hatte auch unser Versagen, besonders Ende der 80er Jahre, Ursachen. Aber die Schlußfolgerung daraus kann doch nicht sein, daß wir ausgerechnet bei der BRD in die Lehre gehen, wie man eine menschenwürdige Gesellschaft zu gestalten hat!

Die Schwierigkeit ist gerade jene, welche Lenin meinte, als er schrieb: „Man kann nicht zugleich in der Gesellschaft leben und frei von ihr sein“ (LWBd. 10, S. 33). Einerseits sind wir als Kommunisten

verpflichtet, das von uns angestrebte Ziel - auch wenn es noch in der Ferne liegt - klar zu benennen und dementsprechend wissenschaftliches Bewußtsein auch heranwachsenden Generationen zu vermitteln, was unter den gegebenen Verhältnissen schwer ist. Andererseits müssen wir auch das Mögliche tun, um in der Gesellschaft, in der wir leben, im Sinne von Antimilitarismus und mehr sozialer Gerechtigkeit, gegen Umweltvernichtung und die brutale imperialistische Ausbeutung der „Dritten Welt“ zu wirken. Die PDS hat sich dazu der Mittel des parlamentarischen und des außerparlamentarischen Kampfes zu bedienen und zwar so, daß sie sich nicht mit der NATO-BRD verheiratet, um „gesellschaftsfähig“ zu sein. Gerade dazu braucht die PDS ihre standhaften Kommunisten; jagt sie diese davon - ja, in welchen Hafen soll denn das Schiff dann treiben? Läßt sich das wirklich nicht ausmalen?

In der Nordost-Versammlung am 25. April schlug Genosse Walter Florath vor, die DKP-Gruppen sollten gerade jetzt in engen Kontakt mit der kommunistischen Plattform und weiteren Genossen der PDS-Basis treten. Ich möchte das von ganzem Herzen unterstützen.

Ernst Heinz

Ein unausgereiftes Dokument

Unsere Parteigruppe stimmt vielen Einschätzungen des Antrags zu, kritisiert eine Reihe inhaltlicher Positionen, sieht wesentlichen Ergänzungsbedarf und ist der Auffassung, daß eine detaillierte Neuformulierung einzelner Passagen erforderlich ist. Sie läßt sich davon leiten, daß die DKP als aktive, in die Kämpfe unserer Zeit eingreifende, bewußtseinsbildende Kraft wirken muß. Sie darf aber keine aktionistische Partei sein. Mit Hans Heinz Holz sind wir der Meinung, daß wir in Deutschland heute mehr denn je eine theoriebewußte Partei brauchen.

In den Antrag des Parteivorstandes ist viel Arbeit investiert worden. Ein großer Teil der Darstellung und Bewertung von Ereignissen, Tendenzen und Inhalten trifft zu. Ein Stück Bewegung auf theoretisch-ideologischem Gebiet ist zweifellos festzustellen, insbesondere auch bei der prinzipiellen Rückkehr zum Leninschen Imperialismus-Begriff. Während es so einerseits Fortschritte gibt, treten andererseits wiederum Mängel auf, die wir bereits aus dem Sozialismus-Papier kennen.

Eine Kernfrage ist für uns das Festhalten an marxistisch-leninistischen Begriffen. Es handelt sich dabei weder um Dogmatismus noch um mangelnde Flexibilität. In einem Grundsatzdokument einer kommunistischen Partei, das Strategie und Taktik, Weg und Ziel definiert, darf es keinen Populismus, kein Hinterherlaufen hinter dem „Unverständnis der Massen“ geben. Die Partei muß sich massenverständlich ausdrücken, den anderen aber in theoretischen Fragen immer einen Schritt voraus sein. Konkreter: Warum finden gültige Begriffe unserer Terminologie wie Konterrevolution und proletarischer Internationalismus in dem Dokument keine Aufnahme? Offensichtlich handelt es sich dabei nicht um Zufälle, sondern um gewollten Verzicht.

Während Begriffe aus dem bürgerlichen Sprachgebrauch wie Neoliberalismus und Globalisierung korrekterweise durch die Termini Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus ersetzt worden sind, ist anstelle des unsere Wissenschaft umreißen Begriffs Marxismus-Leninismus wiederholt von „Marx, Engels, Lenin und anderen marxistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ die Rede. „Theoretische Grundlage des politischen Wirkens der DKP“ sei „die wissenschaftliche Weltanschauung, deren Fundamente von Marx, Engels, Lenin und anderen Marxistinnen und Marxisten erarbeitet wurden“. Warum beläßt man es nicht bei Marx, Engels und Lenin? Es gibt keinen Hinweis darauf, wer weiterhin gemeint ist. Jeder weiß, daß viele Marxisten in allen Ländern, in denen es kommunistische Parteien gibt, stets an der Vervollkommnung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus beteiligt waren und daß dessen Anwendung ohne Berücksichtigung nationaler und sozialer Besonderheiten undenkbar wäre. Genauso steht

aber fest, daß wir Marx, Engels und Lenin immer als die drei Klassiker unserer Theorie betrachtet haben. Von ihnen und niemandem sonst wurden die Fundamente unserer Lehre geschaffen.

Eine Bemerkung zum proletarischen Internationalismus: Was soll hier die Einführung des klassenindifferenten Begriffs „Internationalismus“? Warum ist die proletarische Zuordnung verschwunden?

Das Dokument des Parteivorstandes bringt auf manchen Gebieten eine Vertiefung von Erkenntnissen zum Ausdruck. Zurecht wird darauf verwiesen, daß deutsche Kommunisten „heute aus den Erfahrungen zweier gesellschaftlicher Systeme lernen“ könnten, deren Zusammenführung „für die DKP eine einmalige Chance“ darstellen würde. Wir begrüßen, daß dieser von uns seit langem angeregte Gedanke endlich Eingang in ein DKP-Papier gefunden hat. Die einmalige Chance würde, nähme man sie wahr, zu einer neuen kommunistischen Legierung aus zwei Erfahrungsströmen, zu einer quantitativ und qualitativ gestärkten und veränderten DKP führen.

Warum aber folgt dem ersten richtigen Schritt nicht auch der zweite? Warum verzichtet man erneut auf die Darstellung der Rolle und der historischen Bedeutung der DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes? Die im Antrag des PV verwendete Formel von der „Alternative“, die die sozialistische DDR zur kapitalistischen BRD gewesen sei, entspricht nicht dem Einschätzungsniveau einer marxistisch-leninistischen Partei. Denn eine Alternative war die DDR auch in den Augen vieler bürgerlicher Liberaler.

Es erstaunt, daß die SED, die trotz ihres zunehmenden Zerfalls in den letzten Jahren und ihrer konterrevolutionären Zerschlagung am Ende nach ihrer Gesamtbilanz die erfolgreichste Partei in der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung gewesen ist, unter der Überschrift „Der historische Weg der Kommunisten“, nicht einmal erwähnt wird. Als habe es sie nie gegeben. Die meisten ostdeutschen DKP-Mitglieder empfinden eine solche „Auslassung“ als Geringschätzung ihrer politischen Lebensleistung!

Wir wollen noch auf weitere Mängel des Dokuments aufmerksam machen. Erneut wird die Niederlage des Sozialismus in den Jahren 1989/90 nicht als Ergebnis einer durch innere und äußere Faktoren bedingten Konterrevolution bezeichnet. Der von der DKP-Führung bevorzugte Terminus „Zusammenbruch und Zerschlagung“ negiert die Härte des Klassenkampfes.

Nicht richtig ist es wohl auch, wenn sich die DKP - gleich der PDS - lediglich als „konsequente Antikriegspartei“ darstellt. Eine kommunistische Partei geht grundsätzlich von der marxistisch-leninistischen Theorie gerechter und ungerechter Kriege aus. Deshalb

sollte es besser heißen: Die DKP ist die Partei des konsequenten Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Sie leistet ihm in jedem Stadium seiner Vorbereitung und Verwirklichung entschiedenen Widerstand.

Fragen wirft auch der Abschnitt über Aktionseinheits- und Bündnispolitik auf. Dort heißt es, „im Verhältnis der DKP zu einigen anderen linken Parteien ... in der BRD gibt es ... neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit“. Einige linke Parteien? Um welche und um was für Parteien handelt es sich eigentlich? Ist damit auch die KPD gemeint? Man sollte es hoffen, und zwar unabhängig von zum Teil unterschiedlichen Sichtweisen.

Zugleich ist von einem „besonderen Verhältnis“ zwischen DKP und PDS die Rede. Ein besonderes Verhältnis? Worin besteht es? Wird hier an ein kompliziertes und widerspruchsvolles Thema wirklich klassenmäßig herangegangen? Ist das eine marxistische Einschätzung? Natürlich sind wir für enge Kooperation mit PDS-Genossen aller Ebenen, die auf linken, antikapitalistischen Positionen stehen. Und im gemeinsamen Kampf gegen Rechts suchen wir auch die Aktions Einheit mit Sozialdemokraten in PDS und SPD. Aber ein „besonderes Verhältnis“ zur Führung der PDS einschließlich ihres Ehrenvorsitzenden Hans Modrow ist doch wohl auszuschließen! Hier geht es um nüchternes Ausloten der Dialektik von Konflikt und Zusammenarbeit. Andererseits müssen wir das engste Bündnis mit Kommunisten und Sozialisten außerhalb der DKP suchen, seien sie in der PDS, der KPD oder - was wohl auf die meisten zutrifft - gegenwärtig überhaupt nicht politisch organisiert.

Schließlich fällt uns auf, daß in dem ganzen Dokument der Begriff des Revisionismus nicht erwähnt wird, obwohl diese Variante der bürgerlichen Ideologie gegenwärtig die Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung darstellt. Die Entwicklungen in Frankreich, Italien und anderen Ländern haben das gezeigt. Stattdessen verweist man auf die „Gefahr des Absturzes in Richtung Sektierertum“. Es versteht sich, daß sich der Parteivorstand im Kampf gegen alle Spielarten antimarxistischen Denkens und Handelns auf unsere Parteigruppe und ihre Zeitung „RotFuchs“ stets verlassen kann.

Zusammenfassend stellen wir noch einmal fest: Viele Passagen und Abschnitte des Dokuments finden unsere Zustimmung. Es ist jedoch in sich uneinheitlich, besitzt ein großes Gefälle im Niveau und trägt keine einheitliche Handschrift. Es reicht von klaren theoretischen Thesen bis zu völlig unverständlichen Einschätzungen. Die Schwächen, Auslassungen und Fehlinterpretationen machen eine gründliche Überarbeitung erforderlich. Der Parteitag sollte es nicht als „weiteren Programmbaustein“ beschließen, sondern als Arbeits- und Diskussionsmaterial betrachten.

DKP-Gruppe Berlin Nordost

Was der Politischen Polizei der BRD an uns aufgefallen ist

Noten vom Verfassungsschutz

Beim Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz nehmen die Schnüffler und V-Leute ihre Arbeit ernst. Im Unterschied zu manchen 08-15-Berichten anderer Dienststellen des Überwachungsapparates, die wenig Spürsinn und noch weniger Arbeitsaufwand vermuten lassen, sind hier Leute mit Insider-Wissen und Blick für das Wesentliche am Werk gewesen.

Im Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen - die DKP-Gruppe Berlin Nordost und der „RotFuchs“ gehören normalerweise wohl kaum in den Zuständigkeitsbereich dieser Behörde - nimmt man sich dennoch unserer fürsorglich an. Das hängt mit der sozialistischen Zeitschrift „offen-siv“ und einer Konferenz zusammen, die den herrschenden DDR-Verleumdern offenbar besonders gegen den Strich gegangen ist. So lesen wir auf Seite 146 u. a.: „Besondere Aktivitäten entfaltete die Redaktion der offen-siv mit der Durchführung einer Tagung „50 Jahre DDR - Für Frieden und Sozialismus - Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ am 20. und 21. November in Berlin.

Die Wahl des Veranstaltungsortes ist vor allem

auf die enge Verbindung der Redaktion zur Zeitschrift Rotfuchs der stalinistischen DKP-Gruppe Berlin Nordost sowie zu dem dieser Gruppe angehörenden verantwortlichen Redakteur Dr. Klaus STEINIGER und dessen Frau, der ehemaligen stellvertretenden DKP-Parteivorsitzenden Bruni STEINIGER zurückzuführen.“

Die Konferenz sei der „Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR“ gewidmet gewesen, ermittelte der Verfassungsschutz mit Scharfblick. Es folgen eine Reihe von Zitaten, die wichtige nachrichtendienstliche Erkenntnisse festschreiben: „Ohne die 1989/90 vollendete Konterrevolution würden wir in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Gründung der DDR feiern.“ Ein Ziel der Konferenz sei die Vermittlung des Gedankens gewesen, „daß die DDR die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ... war“.

Weiterhin sei es dort darum gegangen, zu verdeutlichen, „daß das Erbe des Sozialismus in der DDR ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunistischen Bewegung in der BRD ist bzw. sein muß“.

Auch aus einem Gastbeitrag Bruni Steinigers in „offen-siv“ ist der wichtigste Gedanke mit

Akribie herausgefischt worden: Die Tatsache, daß die DDR „dem deutschen Kapital 40 Jahre lang Macht und Eigentum entzog.“ (S. 147) Wenn es Grund dazu gibt, die Exaktheit der niedersächsischen Ausforschungsergebnisse hervorzuheben, dann gilt das nicht minder für entsprechende Passagen im Jahresbericht 1999 des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dort werden allerdings - offenbar ebenfalls mit Insider-Brille und in der Absicht der politischen Diversion - Noten erteilt. Hier heißt es auf S. 114: „Nach einer internen Bilanz (!) ist die Mitgliederzahl deutlich geringer als bisher von der Partei angenommen. Zu dieser Entwicklung haben vor allem Überalterung, aber auch die für das Ansehen der DKP schädlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bezirksorganisation Berlin beigetragen. Dort hatten bereits Ende 1998 DKP-Mitglieder aus den neuen Ländern die ideologische Kompetenz der Parteiführung angezweifelt.“

Es ist immerhin bemerkenswert, daß sich nun sogar der Verfassungsschutz um unser Ansehen sorgt und Schaden von uns abgewendet wissen will. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. R. F.

Wie ich die Befreiung durch die Rote Armee erlebte

Das Ein-Prozent-Märchen

Kürzlich jährte sich zum 55. Mal jener 8. Mai, der in die Annalen der Geschichte und in das Gedächtnis der Menschheit als Tag der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur und als Ende des bisher grausigsten Krieges in Europa eingegangen ist. Für all jene, die diesen historischen Tag miterlebten, wird er unvergessen bleiben.

Auch mir kommen Episoden ins Gedächtnis, die mit diesem Ereignis verbunden sind. Sie sehen allerdings anders aus als Szenen, die eine zeitgenössische politische „Bildungsschrift“ (Neubeginn und Wiederaufbau 1945-1949) unlängst suggerierte. Dort wird behauptet, daß lediglich 1 % (in Worten: ein Prozent) der Deutschen die sowjetischen Besatzungstruppen in angenehmer Erinnerung haben (anglo-amerikanische dagegen 15-16 %).

Die Absicht der Herabsetzung jener Armee, die den größten Anteil an der Zerschlagung der Hitlerhorden hatte, ist offenkundig. Das 1 % erfüllt gewissermaßen eine Alibifunktion, da man ja wohl kaum daran vorbeigen kann, daß die befreiten Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern ihre Rettung als „angenehm“ empfunden haben. Aber nicht nur sie, sondern ungezählte Menschen können nur durch Manipulation den 95 % zugeschlagen werden, die „unangenehme bis sehr unangenehme“ Erinnerungen an die sowjetischen Befreier empfinden.

Wie habe ich diese Zeit erlebt? Mit meinen Eltern wohnte ich im Mai 1945 am Rande eines kleinen Städtchens im „Sudetengau“. Zum Glück erreichte uns das Kriegsgeschehen nicht mehr. Zwar hörten wir über Tage das Grollen von Kanonen, aber der Friede überholte den Krieg.

Auf der Landstraße, die durch unsere Siedlung führte, stauten sich zurückströmende Einheiten der Armee des letzten Hitler-Feldmarschalls Tschömer, die nach einem Fluchtweg zu den Amis an der Elbe suchten. Im Tiefflug kreisten sowjetische Maschinen über ihnen, ohne einen Schuß abzugeben. Dafür regnete es Flugblätter mit der Aufforderung zur Kapitulation. Eine Flakbesatzung bezog vor unserem Haus Stellung, die aber dem Zureden von Bewohnern, nicht unnötig in letzter Stunde Blut zu vergießen, folgte und mit den anderen abrückte.

Nach der Begegnung mit den „Russen“ aus der Luft erwarteten wir sie nun auf der Erde. Am 9. Mai gegen 15. 00 Uhr erschienen die ersten Angehörigen der 52. Armee der 1. Ukrainischen Front. Es waren Marscheinheiten der Infanterie mit von Pferden gezogenen Panjewagen. Panzer oder schwere Geschütze konnte man nicht sehen - die waren schon längst als Befreier Prags gefeiert worden.

Die Gefühle bei uns zu Hause waren gemischt: ich neugierig, Vater sehr gelassen, Mutter doch recht ängstlich. Viel Schreckliches hatten durchziehende Flüchtlinge in den vergangenen Wochen erzählt. Als es dunkelte, erschienen in unserer Wohnung zwei Mann, ein Uniformierter und ein Zivilist. Sie sahen sich um, redeten auf uns ein, ohne daß wir ein Wort verstanden. Der Soldat oder Offizier griff in seine Hosentaschen und warf etwas unter unsere Ottomane. Dann gingen sie, offensichtlich um Verpflegung zu fassen. Mutter hatte mit wachem Blick das Tun beobachtet und fragte erregt, was da wohl hingeworfen worden sei. Vater beruhigte sie: Das sind nur Eierhandgranaten, die gehen von allein nicht los. Besonders

beruhigend wirkte diese Erklärung verständlicherweise nicht. Unsere beiden Quartiergäste erschienen irgendwann in der Nacht und vor Morgengrauen waren sie wieder weg. Die Handgranaten hatten sie uns hinterlassen. Schnell vergruben wir sie im Garten.

Tagelang hielt der Durchmarsch der Truppen an. In verschiedenen Gebäuden quartierten sich Soldaten für kürzere oder auch längere Zeit ein. Besondere Vorkommnisse wurden nicht bekannt. Wochen später verpflichtete man viele Mädchen und Jungen aus unserem Städtchen zum Hopfenpflücken in die Gegend von Saaz. Bei einem Bauern wurden wir in einem großen Raum untergebracht. Als wir noch beim Einrichten waren, erschienen zwei Sowjetsoldaten. Sie ließen sich gastlich bei uns nieder und versuchten, sich mit Händen und Füßen verständlich zu machen. Erfolglos. Die Rotarmisten kamen öfter, besuchten uns auf dem Feld und abends tranken sie mit uns in der Gaststätte „Hopfenbier“. Da es mit dem Reden nicht klappte, spielte der eine auf seiner Mundharmonika und der andere zeigte uns verblüffende Zauberkunststückchen. Und wie verhielten sie sich zu unseren Mädchen? Wie Kavalieriere! Mit guten Gefühlen traten wir die Heimreise an. Wir hatten Freunde kennengelernt.

Ich will nichts beschönigen: Natürlich passierte auch anderes, aber keineswegs nur das. So bleibt als Fazit: Es waren und sind bis heute sicher noch mehr als das eine Prozent, die die richtige Antwort auf die Frage geben: „Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron? - Es waren die Sowjetsoldaten, die Söhne der Revolution!“

Helmut Müller

Green Card - Rote Karte für Schröder

Fremdarbeiter 2000

„Den Arbeitsort zu verlassen ist verboten!“
 „An deutschen Veranstaltungen, einschließlich kirchlichen, teilzunehmen ist verboten!“
 „Besitz und Benutzung von Fahrrädern und Fotoapparaten sind verboten!“
 „Aufsuchen von Friseurgeschäften ist verboten!“
 „Besuch von Schulen und Berufsschulen für Jugendliche ist verboten!“
 „Eheschließungen zwischen Ostarbeitern und Reichsdeutschen sind verboten!“
 „Geschlechtliche Beziehungen zu Reichsdeutschen werden mit der Todesstrafe geahndet!“
 „Bei Nichtbefolgung der Verbote drohen strenge staatspolizeiliche Maßnahmen, einschließlich der Todesstrafe!“

Das sind wörtliche Auszüge aus den „Vorschriften zur Behandlung von Polen und Ostarbeitern“. Nun haben wir zwar wieder ein „Reich“, aber die Reichsdeutschen heißen heute Bundesbürger. Doch wenn wir daran denken (und uns nicht daran hindern lassen), wie es mit der Entschädigung für die heute noch lebenden Zwangsarbeiter steht, kommen ungute Gefühle auf. Denn die Interessenten an „Fremdarbeitern“ sind heute dieselben wie zu Hitlers Zeiten: Großindustrielle und Bankiers, die nach wie vor das Sagen haben, sich heute an die Verbrechen ihrer Unternehmensführungen gegen die Menschlichkeit nicht erinnern wollen und sich größtenteils den Entschädigungszahlungen zu entziehen trachten. Seit über 50 Jahren schulden deutsche Firmen sowie die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches den aus ihren Heimatländern rekrutierten Zwangsarbeitern Lohn in Höhe von 186,5 Milliarden DM. Das geplante „Stiftungsgesetz“ läuft praktisch auf ein Täter-Schutz-Gesetz hinaus, auf ein Opfer-Beseitigungs-Gesetz, ein Schlußstrich-Gesetz.

Niemand wird Schröder, dem Genossen der Bosse, ein neues Zwangsarbeitersystem unterstellen. Aber nun fehlen den deutschen High-Tech-Branchen plötzlich Arbeitskräfte. Die Kollegen in den USA - wo sonst? - haben für Engpässe auf dem Arbeitsmarkt längst die „Green Card“ entwickelt: Import von Spezialisten trotz strengster Einwanderungsbeschränkungen. „Brain drain“ heißt das auf amerikanisch: Abzug fremder Gehirne. Und was für die USA gut ist, ist auch gut für die Unternehmer anderer Länder. Die deutschen Bosse können ja eine alte Tradition wieder aufleben lassen: Ausländer rein! Sonst heißt es bei allen Rechtsparteien und bei den Neonazis: Ausländer raus! (außer beim Berufsfußball). Was scheren die Kapitalisten schon vier oder fünf Millionen Arbeitslose (man lügt ja in Nürnberg ihre Zahl ohnehin herunter).

Doch warum fehlen eigentlich 70 000 Infor-

matiker? Hatte nicht Schröder getönt: „Wir wollen Deutschland zu einem Land machen, das führend in der Informationstechnik ist!“
 ? Die Bundesrepublik habe „zu wenig Computerfachleute ausgebildet - ein Fehler der Regierung Kohl“. Stimmt. Dabei nannte sich Kohls Rüttgers doch „Zukunftsminister“!
 Und wenn die CDU in der Opposition nun auf einmal den Mangel an Computerspezialisten beklagt, dann ist das nur eine Heuchelei mehr.

Aber da war doch noch was in Hildesheim ... An der dortigen Universität wurden 1996 Studiengänge für Informatik und Wirtschaftsmathematik abgefackelt. Die Begründung aus der Regierung in Hannover: „Die Nachfrage hat erheblich nachgelassen, erfahrungsgemäß ist nicht mit einem Anstieg auf die Höchstwerte früherer Jahre zu rechnen; deshalb muß gespart werden!“
 Aufmerksame Zeitungsleser werden sich erinnern: 500 Studenten zogen mit Transparenten und Trillerpfeifen vors niedersächsische Ministerium, mauerten die Eingänge zu und forderten auf Plakaten vom Ministerpräsidenten: „Schröder, hilf!“
 Aber der blieb hart: „Der Beschluß steht fest!“

Doch nun wollen die Bosse mehr Informatiker, und ihr „Genosse“ pariert. Aus Indien und Bulgarien sind die ersten da, 70 000 sollen es werden - auf Zeit ... Und in den betroffenen Ländern wird man sich vielleicht der bitteren Erfahrungen der DDR mit der gezielten Abwerbung erinnern. Bei Alexander Schalck-Golodkowski kann man nachlesen: „Die DDR verlor nicht nur zahlreiche Arbeitskräfte, was schlimm genug war, sondern auch besonders viele Angehörige höher qualifizierter Berufe, darunter Ärzte. Eines Tages hieß es, die medizinische Versorgung könne nicht mehr sichergestellt werden. Man holte Ärzte aus sozialistischen Ländern, z. B. aus Bulgarien, die aber die Lücken nicht ausfüllen konnten.“

Erst hatten die USA dieses üble Spiel mit den Westzonen und mit England betrieben - Gehirndiebstahl nannte man das damals schon; dann organisierte man den Intelligenzklau über RIAS, Fernsehen und Mundpropaganda aus der BRD in der Deutschen Demokratischen Republik; nun ist Deutschland wieder am Werk: in Bulgarien, Rußland, Polen, Indien, wo immer ärmere Staaten gute Ausbildung von Experten gewährleisten haben.

Was kümmern Kapitalisten Völkerinteressen! Die Großindustrie will schwarze Zahlen schreiben und in der Globalpolitik mitspielen. Letztlich geht es um Macht, nicht um den Menschen, nicht um Völker. Schon gar nicht um Wohltaten für östliche oder südostasiatische Spezialisten. Diese

dürfen nur keine bösen Gedanken haben über tarif- oder sozialpolitische Rechte. Mit der amerikanischen Green Card können sie nicht rechnen. Abreisen dürfen sie erst, wenn sie ihr Soll erfüllt haben - das walte Schily. „Ohne Paß ist doch der Mensch kein Mensch“, wußte schon Bertolt Brecht und Carl Zuckmayer bewies es im „Hauptmann von Köpenick“. Millionen Opfer hat diese Politik schon gekostet, die Heinz Kammitzer in seinem bitteren Gedicht „Hohn für NS-Sklaven“ anklagt:

Es
 Ist Erreicht
 Die Republik
 Begleicht
 Aus Gnade
 Und
 Barmherzigkeit
 Was an Leid
 Euch angetan
 Sie gewährt
 Einmalig
 Einen Betrag
 Von sechstausend
 Bis fünfzehntausend
 Mark.

Damit wird
 Für alle Zeit
 Jeder Fremde
 Abgefunden
 Den man einst
 In unserem
 Namen
 Geschändet
 Und geschunden.

Zugleich Zahlen
 Seit
 Vielen Jahren
 Die deutschen Behörden
 Den lettischen
 SS-Soldaten
 Für Vasallentreue
 Einen Lohn
 Für manche zusammen
 Bislang
 Hunderttausend Mark
 Als Pension
 Bis zum Grab
 Man ihre Rente
 Zugesichert
 Hat.

Die
 Moral
 Von der Geschichte
 Opfer
 Und
 Täter
 Sind nicht gleich
 Im Neuen Reich.

... ..

Ein PDS-Politiker spricht Klartext

So werden wie die Grünen?

Die Diskussionen der letzten Tage und Wochen haben klar gemacht, daß es um mehr geht als um nuancierte Unterschiede zur UN-Charta und dem Umgang der PDS mit ihr. Es geht schon lange nicht mehr um eine Einzelfallprüfung, oder wie es jetzt heißt, um Ausnahmeregelungen. Zunehmend denken einige Genossen wieder in militärischen und Kriegsführungskategorien, aber keiner kann mir sagen, warum.

Joschka Fischer hat noch 1994 vor dem Bundestag erklärt, daß zur Begründung einer milliardenschweren Umrüstung „die Menschenrechts- und Humanitätsfragen als Vehikel dienen“. Im Bosnien-Konflikt argumentierte er dann schon mit „Einzelfall“, „niemals Deutsche oder Großmächte“ und „wir müssen politikfähig werden“. Alles an die Adresse seiner Partei und künftiger Koalitionspartner. Wo die Grünen inzwischen hingeraten sind, wissen wir. Es war neben Gerhard Schröder vor allem jener Joseph Fischer, der dem souveränen Staat Jugoslawien den Krieg brachte. Wieder mußten sogenannte Menschenrechtsverletzungen herhalten.

Wenn Menschenrechtsverletzungen als Grund, der Schutz der Menschenrechte als Rechtfertigung für einen Krieg ausgegeben werden, so ist das ein zynischer Etikettenschwindel, mit dem das Verhältnis von Gewaltverbot und Menschenrechten in sein Gegenteil verkehrt wird. Im geltenden Völkerrecht gibt es eine solche Rechtfertigung für den Einsatz militärischer Gewalt nicht.

Auf dem 6. Landesparteitag am 29./30. Mai 1999 in Rostock stellte der ehemalige Landtagsabgeordnete Gregor Putensen aus Greifswald den Initiativantrag, „angesichts der nach wie vor ausdrücklichen Unterstützung des Ministerpräsidenten und der SPD-Minister in der SPD/PDS-Koalitionsregierung für die grundgesetzwidrige Beteiligung der BRD am völkerrechtbrechenden Aggressionskrieg der NATO gegen Jugoslawien den unverzüglichen Austritt der PDS-Minister aus der Koalition zu fordern“. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit der Begründung abgelehnt, Krieg sei Bundes- und keine Ländersache, es gebe also keinen Grund, aus der Koalition auszusteigen.

Soll man als sozialistische Partei so werden wie die Grünen? Das kann doch keiner ernsthaft begrüßen. Aber die Einzelfallprüfung oder Ausnahmeregelung, wie immer ich es auch nenne, ist der Anfang des Weges in die Regierung, aber auch der Unkenntlichkeit und Bedeutungslosigkeit der Grünen gewesen.

Ich befürchte nach wie vor, unser friedenspolitisches Profil könnte verloren gehen und der Slogan des Europawahlkampfes „Europa schaffen ohne Waffen“ zum Aprilscherz verkommen. Erinnert sei hierbei auch an die großartigen Wahlkämpfe im Jahre 1999. Ich war unmittelbar in Brandenburg mit Dagmar Enkelmann und in Thüringen dabei. Ich habe erlebt, wie enttäuschte Kriegsgegner von den Grünen und der SPD zu uns kamen. Sie haben uns gewählt, weil sie 100%ig und nicht nur 95%ig sicher sein konnten, eine Partei gewählt zu haben, die ohne Wenn und Aber gegen jegliche militärische Einsätze auch unter UNO-Mandat einsteht.

Betroffen macht mich, daß Gregor Gysi den Einreichern des Antrags „Nein zu UN-Militäreinsätzen“, zu denen auch ich gehöre, unterstellt, wir würden dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion ein Politikverbot erteilen, wenn wir nicht ihrer Meinung seien und auf das Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse verwiesen.

Einen Tag nach Veröffentlichung des Gysi-Briefes lese ich im ND den Bericht über Gregors Begegnungen mit dem Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Landowsky. Jenem Landowsky, der noch 1997 gemeinsam mit Schönbohm eine menschenverachtende Kampagne gegen Ausländer und Andersdenkende lostrat, diese Menschen als „Ratten“ bezeichnete und Berlin „sauber machen“ wollte. Gerade diesem Rechtsaußen offenbart Genosse Gysi, daß auch er die Meinung vertritt, die DDR sei kein Rechtsstaat gewesen. Ich hatte am Donnerstag die Möglichkeit, im sogenannten Gartenschläger-Prozeß gegen Ange-

hörige der Grenztruppen und des MfS der DDR die Plädoyers der Verteidigung und der Anklage zu hören. Bei der Rede von Oberstaatsanwalt Pick kam zeitweilig die Atmosphäre des Kalten Krieges auf, es gab nichts Schlimmeres als die DDR, die für ihn selbstverständlich ein Unrechtsstaat war. Da tat es schon weh, diese Unwahrheit auch von Gregor zu lesen. Nein, die DDR war ein völkerrechtlich anerkannter Rechtsstaat, in dem - wie in der BRD - auch Unrecht passierte. Nur eines nicht: In den 40 Jahren DDR ging kein Krieg von deutschem Boden aus. Das blieb 1999 dem Rechtsstaat BRD vorbehalten.

Die Befürchtung, wir würden uns mit der Ablehnung jeglicher militärischer Einsätze auch unter UN-Mandat international bei den Linken isolieren, kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Die Fraktion der Vereinten Linken im Europa-Parlament ist sehr heterogen. Sie reicht von Befürwortern einer EU-Armee (Vereinte Linke Spaniens) bis zu Unterstützern des Krieges gegen Jugoslawien auf der Offenen Liste der FKP. In der Abstimmung über Ost-Timor traten vor allem die portugiesischen Genossen für eine UN-Intervention auf. Mit der PDS stimmte z. B. die niederländische Sozialistische Partei. Ansonsten sind UN-Kriegseinsätze wie in Irak, Somalia und Haiti in der Regel von allen linken europäischen Parteien abgelehnt worden.

Aus der Rede von **Konstantin Brandt**, Mitglied des PDS-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern, auf der Basiskonferenz zur Friedenspolitik der PDS am 18. 3. 00 in Sternberg.



Münster oder Monster?

Lästige Demokratie

Neben dem Begriff Toleranz und dem schwammigen Wort Moderne ist es vor allem DIE DEMOKRATIE, für deren Allgemeingültigkeit und höchsten Wert PDS-Obere als Bannerträger auftreten. Und nun wurde diese Demokratie auf dem PDS-Parteitag in Münster praktiziert. Da ist für Bisky und Gysi und eine ganze Menge anderer Leute die Welt auf einmal nicht mehr in Ordnung. Münster ist in ihren Augen über Nacht zum Monster geworden.

Was ist denn so Furchtbares passiert? Wir haben in Münster erlebt, daß es in Deutschland zumindest noch eine Partei gibt, in der die Beschlüsse des Präsidiums, des Vorstandes bzw. die Reden „begnadeter“ Chefs nicht einfach abgenickt oder mit standing ovations bejubelt werden wie bei CDU, CSU und SPD. Da „wir Ossis“ derlei Rituale von SED-Parteitagen her kennen und solches für die „Wessis“ ohnehin als Selbstverständlichkeit bürgerlicher Parteienhierarchie gilt, fällt den meisten die Kontinuität gar nicht auf. Schließlich liegen die Zeiten, als noch öffentlich und auf Parteitagen um Inhalte gestritten wurde, selbst bei den Grünen um etliche Jahre zurück. Und nun gibt es plötzlich eine Partei, deren Delegierte einen Vorstandsantrag nicht einfach absegnen. Da muß der Verfassungsschutz her, denn natürlich ist jede Abweichung von der bürgerlichen Norm schädlich und gefährlich. Also sind nun jene, welche nicht so abstimmen, wie das bei SED-Parteitagen geschah, logischerweise Leute, ... die das SED-Regime wiederhaben wollen.

Offensichtlich sind die Apologeten einer DEMOKRATIE an sich in die Sackgasse geraten. Hier sei mir eine Anmerkung gestattet: Demokratie hat sicher etwas damit zu tun, daß Mehrheiten über Minderheiten bestimmen. Aber die Mehrheit hat durchaus nicht immer recht. Sie hat 1914 und 1933 „im nationalen Rausch“ für ihre Verderber gestimmt und die Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat 1989 und 1990 ihre eigene Enteignung beschlossen. Eberhard Esche zitiert in seinem kürzlich erschienenen Buch seinen Großvater, der ihn mahnte: „Die Mehrheit ist dumm. Eine Minderheit hat sich die Aufgabe gestellt, die Mehrheit aus ihrer Dummheit zu retten. Dafür jagt die Mehrheit diese Minderheit. Wehe, wenn ich dich jemals auf der Seite der Mehrheit finde.“

Für die Arbeiter war es immer schwierig, sich über die Welt ein wirkliches Bild zu machen. Heute aber - nicht zuletzt aus der Erfahrung der Imperialisten und ihrer Helfer, daß der Sozialismus als reale Gefährdung ihrer Klassenherrschaft über 70 Jahre bestand (und in China, Cuba, Vietnam und Korea noch nicht niedergedrungen wurde) -, hat die Manipulierung der Massen durch

Fernsehen, Musik, Wissenschaft, Internet, Bücher und Zeitungen ein solches Ausmaß erreicht wie noch nie in der Geschichte. Es ist also sehr schwer, daß Mehrheiten zu richtigen Einsichten gelangen.

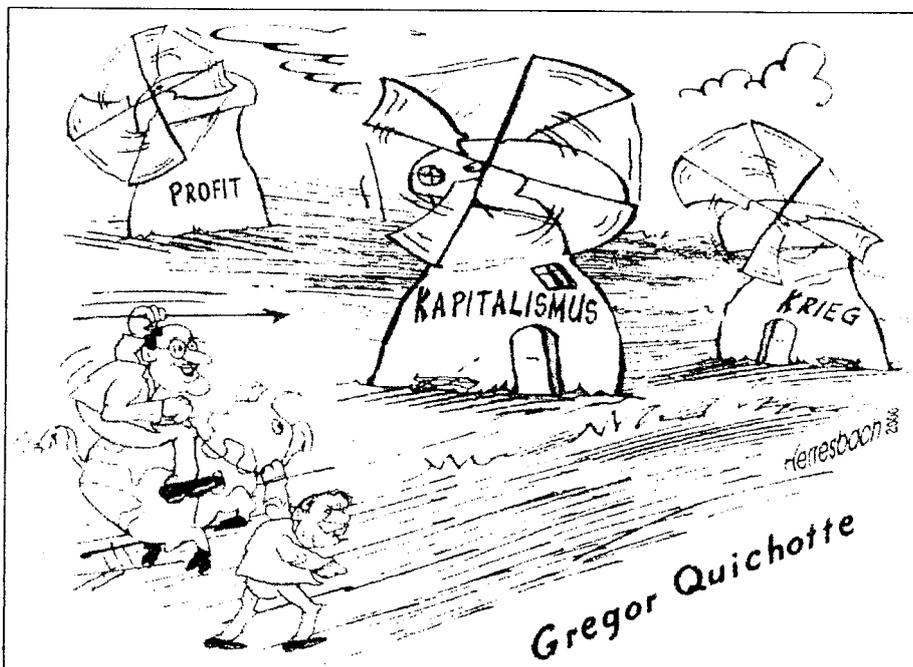
Ich will damit sagen, daß auch die Mehrheiten auf dem Münsteraner Parteitag - es gab schließlich auch andere als die gegen Einzelfallprüfungen bei UNO-Kampfeinsätzen - nicht mit dem Maßstab der Wahrheit zu prüfen sind. Aber die Mehrheitsentscheidung gegen den Antrag des Parteivorstandes ist politisch richtig und sollte deshalb gegen alle Versuche verteidigt werden, sie auf dem Oktober-Parteitag wieder auszuhebeln. Sie ist politisch richtig, weil sie für Pazifisten und andere Friedenskräfte die Orientierung gibt, daß im Bundestag eine Partei sitzt, die weiterhin ohne Wenn und Aber gegen jegliche Kampfeinsätze steht. Über den Unsinn, daß die PDS zu irgendeiner Zeit den göttlichen Atem verliehen bekäme, um unter Bedingungen der Kriegshysterie eine ruhige und abgewogene „Einzelfallprüfung“ vornehmen zu können, haben unterdessen viele kluge Leute geschrieben. Daß mit dem Beschluß zur Friedensfrage zugleich die Möglichkeit blockiert wurde, daß es in der nächsten Bundesregierung PDS-Minister geben könnte, ist ein angenehmer Nebeneffekt. Durch ihn wird verhindert, daß die PDS noch schneller den Weg der Anpassung gehen könnte, als es die Grünen in 15 Jahren Selbstzerstörung demonstriert haben.

Damit komme ich zu der Frage: Warum hatte denn die Parteitagsmehrheit eigentlich kein Vertrauen zum Vorstand und zur Parlamentsfraktion? Angesichts der Erfahrungen speziell der deutschen Arbeiterbewegung

könnte man die Fragestellung als Naivität abtun. Im Vertrauen auf die scheinbar im Geiste August Bebels und Wilhelm Liebknechts erzoogene Reichstagsfraktion stellten die Friedenskräfte des Kaiserreichs ihre Straßenproteste ein und wurden mit Zustimmung ihrer SPD-Zentrale 1914 in den Krieg geführt ... 1945 vertrauten viele Menschen den Beteuerungen von CDU und SPD, der Sozialismus sei nun „Tagesaufgabe“, und von deutschem Boden werde nie wieder ein Krieg ausgehen. Ich erspare mir weitere Beispiele. Und wenn heute gegen „Stalinen“ argumentiert wird, sie hätten doch der SED-Spitze vertraut, um so mehr müßten sie nun dem PDS-Vorstand Kredit geben, so möchte ich ganz persönlich für mich sagen: Als junge Kommunisten haben wir Kämpfern gegen den Faschismus und erfahrenen Internationalisten wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen vertraut und dieses Vertrauen dann auch auf deren Nachfolger übertragen, als diese bereits den Internationalismus geringer schätzten und in einigen Fragen revisionistische Positionen einzunehmen begannen. Daraus habe ich und haben andere gelernt. Es ist gut, wenn die jüngeren PDS-Mitglieder die Lehren beherzigen und sehr genau prüfen, welche Veränderungen im Verlauf der Drift zu den „Volksparteien“ sich bei vielen PDS-Parlamentariern seit 1990 schon vollzogen haben.

Wenn unterdessen einige Vertreter der PDS-Spitze wieder öfter in den Basisgruppen auftreten, so bringt das sicher doppelten Nutzen: Einerseits lernen sie die Meinung der eigenen Genossen genauer kennen und andererseits haben sie weniger Zeit, mit Landowsky oder Industriekapitänen Gespräche zu führen.

Dr. sc. Fritz Welsch



Zu monströsen Behauptungen gegen Generäle des MfS

Ammenmärchen

Nach der Annexion der DDR durch die BRD am 3. Oktober 1990 - die Auflösung des MfS/ANS war schon jüngste Geschichte - unternahm einige Generäle des Ministeriums für Staatssicherheit einen verantwortungsvollen Schritt. Sie - das waren Heinz Engelhardt, Werner Großmann, Günter Kratsch, Günter Möller und Gerhard Niebling unter Mitwirkung von Edgar Braun - schickten sich an, im Sinne längerfristig angestellter Überlegungen noch nicht enttarnte Kundschafter, inoffizielle Mitarbeiter in der alten Bundesrepublik vor ihnen nach westdeutschem Recht drohendem persönlichen Unheil zu bewahren.

Die Generäle ersuchten deshalb brieflich und mündlich beim damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble um ein Gespräch mit kompetenten Abwehrleuten seines Verfassungsschutzbereichs. Dem wurde entsprochen. Dabei unterbreiteten die Generäle den Beauftragten des Ministers aus dem Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz Vorschläge für eine Selbststellung und Offenbarung der Kundschafter im Ergebnis individueller Gespräche bei garantierter Amnestierung ihrer inoffiziellen Tätigkeit. Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit und namhafte

Rechtsanwälte sollten bei dieser humanitären Operation mitwirken und den Betroffenen zur Seite stehen. Es waren gemeinsame Arbeitsgruppen aus Vertretern „beider Seiten“ vorgesehen, die von Abwehrexperten der alten BRD geleitet werden sollten.

Die Vorschläge der MfS-Generäle fanden die Zustimmung der bundesdeutschen Gesprächspartner, die noch die für sicher gehaltene Bestätigung seitens der politisch Verantwortlichen einholen wollten. Wie in der neuerlichen Diskussion um die „Abhörberichte“ des MfS im Zusammenhang mit dem CDU-Spendenskandal offenbar wurde, gab es danach in der Tat in Bonn eine politische Initiative für eine Amnestierung der Kundschafter des MfS. Skrupellose Verräter aus verschiedenen Bereichen des MfS, deren Namen in Ost und West bekannt sind, durchkreuzten den Erfolg dieser Operation und damit auch die von westdeutschen Politikern unterstützte Initiative, indem sie für Judaslöhne Erkenntnisse des MfS verkauften und die Klarnamen hochrangiger Kundschafter preisgaben. Sie lieferten diese Menschen damit buchstäblich „ans Messer“, brachten sie vor Gericht und in die Strafvollzugsanstalten.

Nun - nach zehn Jahren - kann man in Medien darüber wieder abenteuerliche Agentengeschichten lesen, die Tatsachen einfach ignorieren, die wirklichen Verräter verdecken und so angelegt sind, als ob ausgerechnet die Gruppe der MfS-Generäle den schändlichen Verrat begangen habe. Das paßt durchaus ins Bild der noch immer nicht eingestellten Stasihaiz und Stasihetze.

Die Wahrheit ist indes eine andere: Die involvierten Generäle des MfS handelten als aufrechte Kommunisten und stellten unter Beweis, daß sie es ernst meinten mit ihrer Sorgfaltspflicht und Fürsorge für die eigenen Mitstreiter - auch in der Stunde der Niederlage, die ihr Verantwortungsbewußtsein nicht trübte.

So verliefen die heute mancherorts verpönten „stillen Wege“, die in den vierzig Jahren deutscher Zweistaatlichkeit nicht selten zum gegenseitigen Nutzen beschriftet worden waren. Den einstigen Kundschaftern des MfS im Westen, die als Patrioten und Internationalisten an der unsichtbaren Front standen und dafür Gefahr, Verfolgung und Einkerkelung auf sich nahmen, gebühren unser Respekt und unsere Solidarität.

Dr. Herbert Wald

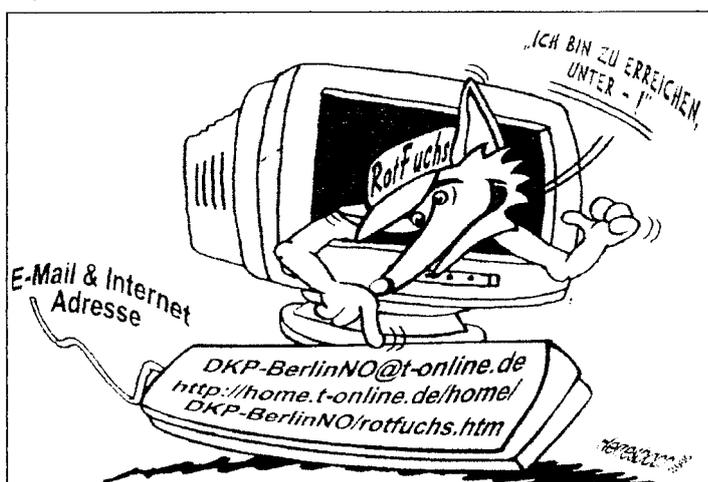
Ganz unter uns

Die Auflage des „RotFuchs“ ist in letzter Zeit sprunghaft gestiegen. Innerhalb weniger Monate mußten wir sie verdoppeln. Nach wie vor nimmt die Nachfrage außergewöhnlich zu. Genossen und Freunde aus Ost und West, aber auch viele Kampfgefährten im Ausland fragen nach unserer Zeitung und erkundigen sich nach den Bedingungen ihres Bezugs. Bisher waren wir dazu imstande, Herstellung und Vertrieb des Blattes ausschließlich aus Spenden zu finanzieren. Wir haben nicht eine einzige Mark an Zuschüssen von irgendeiner Seite erhalten - außer dem enormen Zuspruch und der Solidarität unserer Leserinnen und Leser. Niemand, der für den „RotFuchs“ schreibt oder ihn vertreibt, hat dafür je ein Honorar erhalten. Aber die Produktions- und Versandkosten sind sehr hoch und für uns auf Dauer nicht mehr zu bestreiten. Monat für Monat müssen wir unsere kostspielige Technik finanzieren, Papier, Druckfarbe, Umschläge, Berge von Briefmarken usw. kaufen. Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir mit dem erneuten Dank an alle, die uns immer

geholfen haben und helfen, auch einen Offenbarungseid verbinden: Wenn wir nicht bald zusätzliche Mittel aufbringen, können wir weder die Auflage weiter steigern noch den „RotFuchs“ im bisherigen Umfang aufrechterhalten. Wir wenden uns nicht an jene Genossen und Freunde, die mit einem schmalen Budget unter persönlichen Opfern regelmäßig für den „RotFuchs“ spenden. Auch denen, die die Zeitschrift als Straftäter, Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose beziehen, gilt dieser Appell nicht. Wir bitten engagierte „RotFuchs“-Leser, denen es wirtschaftlich besser geht, um ihre Überlebenshilfe für eine bedrohte kommunistische Zeitung. Sie darf aus der linken Presselandschaft

nicht verschwinden. Wir sagen es ganz direkt: Jeder Briefmarkenblock, jeder Schein, jeder Scheck für den „RotFuchs“, der die Redaktion erreicht, trägt dazu bei, daß die Art nicht ausstirbt, ist Munition im Kampf gegen den Klassenfeind und seine überlegene Macht. Damit unsere „Waffen“ nicht schweigen müssen, bitten wir um die Solidarität aller, die sie uns erweisen können.

Eure Redaktion



MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas exklusiv im „RotFuchs“

Ein Arzt erhebt Protest

Versagt die Politik, weil sie außerstande ist, auf friedlichem Wege neue Absatzmärkte zu erzwingen, Rohstoffquellen zu erobern und die Territorialerweiterung zu garantieren, dann sind bewaffnete Aktionen zur Durchsetzung dieser Ansprüche häufig der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Militärtechnisch läuft das Ganze stets nach dem gleichen Schema ab: Die alten Waffen müssen weg, neue tobringende Entwicklungen auf ihre „Effektivität“ erprobt werden. Auch die Resultate solcher „Konfliktlösungen“ sind immer gleich: Getötete Babys, verstümmelte Kinder, brennende Zivilisten und Soldaten durchqueren schutzlos das Kriegsgelände.

Die schrecklichen Bilder von den ca. 40 Kriegsschauplätzen, mit denen wir 1999 täglich gefüttert wurden und weiterhin gespeist werden, verdeutlichen: Die Neuaufteilung der Welt ist in vollem Gange. Sollten einmal taktische oder strategische Kernwaffen zum Einsatz gelangen, werden die Vernichtung von Leben und die Zerstörung von Gütern und Werten heute unvorstellbare - nicht einmal mit Hiroshima und Nagasaki vergleichbare - Dimensionen erreichen. Dann wird es weder Sieger noch Besiegte mehr geben, sondern das Leben versiegt im zeitlich versetzten Selbstmord beider Seiten.

Während sich in der technischen Kriegführung - von der Brisanz der Waffensysteme einmal abgesehen - nur wenig geändert hat, machte das Kriegsvokabular in perverser Weise einen Wandel durch. So soll der Eindruck vermittelt werden, der Krieg sei „dank schlauer Präzisionswaffen“ humaner geworden.

Eine Kriegserklärung ist heute nicht mehr vonnöten, denn wo kein Krieg erklärt wurde, muß man auch keinen Frieden schließen. Dieser ist ohnehin nichts anderes als nur ein augenblicklicher Waffenstillstand. Dem schwächeren Kontrahenten wird in aller Regel ein fix und fertig formulierter Vertrag zur Unterschrift vorgelegt; bei näherer Betrachtung entpuppt sich dieser rasch als Diktat und sogar als Kapitulationsurkunde. Die begleitenden Verhandlungen dienen lediglich der Täuschung der Weltbevölkerung und haben den Charakter von Schattenspielen (s. Naher Osten, Afrika, Balkan, Kaukasus, Indischer Subkontinent usw.). In solchen Verträgen wird stets das „Recht“ auf Einleitung militärischer Handlungen als „friedenssichernde, friedensfördernde, friedensstiftende, friedenserhaltende und friedenswiederherstellende Maßnahme“ begründet.

Soldaten gibt es auch nicht mehr. Sie hei-

ßen jetzt „Bürger in Uniform“. Dieses Vokabular ändert sich allerdings flugs, sobald überzeugte Pazifisten (Hochschullehrer, Pfarrer, Jugendliche u. a.) die Waffenträger zu Desertion und Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen aufrufen - dann drohen empfindliche Strafen.

Waffen sind jetzt als „militärisches Gerät“ registriert. Bisweilen speichert man sie auch unter dem Passwort „abgereichertes Uran“ (Irak, Jugoslawien). Urangeschosse unterscheiden nicht zwischen Freund und Feind. Die genetischen Schäden und Mißbildungen kommen ohnehin erst später auf beiden Seiten zum Vorschein. Das heißt, daß auch schon ungeborenes Leben von den teuflischen Segnungen der Kernkraft im Krieg auf Dauer betroffen wird.

Eine weitere Vokabel im Sprachgebrauch der Kriegsbetreiber gilt es zu präzisieren. Wer sind die militärisch interessanten menschlichen Zielscheiben? Der Propagandakrieg hat seine eigenen Begriffe. Die Termini sind schnell zur Hand. Gejagt werden Mörder, Terroristen, Banditen und Diktatoren. Bei denjenigen, auf die das nicht so recht passen will, spricht man von „zweibeinigem Menschenvieh“, das es zu vernichten gilt. Wenn es sein muß, werde man sie „auf dem Abort treffen“ - so Jelzins Nachfolger Putin.

Frisierte und manipulierte Bilder aus den Kriegs- und Kampfgebieten können dank modernster Kommunikationstechnik und gutausgebildeter militärischer Berichtsfälscher ungehemmt der Öffentlichkeit vermittelt werden. Politiker, Minister und NATO-Militärs bezeichnen in menschenverachtender Weise die Vernichtung des Lebens unschuldiger Zivilisten und die Zerstörung von Hab und Gut als „Kollateralschäden“. Vorerst trauriger

Höhepunkt des Perfiden.

Hinzu kommt die Heuchelei. Auch Ex-Außenminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel hält sich dabei nicht zurück. Vor handverlesenem Publikum, im Blickfeld aller wichtigen Medien der Welt, fordert er die Ächtung der Antipersonenminen. „Das Teufelszeug muß weg“, sagt er wörtlich. Was Herr Kinkel indes verschweigt: Dieses Teufelszeug wird in einer nach oben offenen Größenordnung in Deutschland produziert und in alle Länder, die dafür „Bedarf“ haben, exportiert. Wer aber liefert und bezahlt die unzähligen Holz- und Gliedmaßenprothesen für die Opfer? Der Gipfel des Zynismus und der Doppelmoral wäre in dem Augenblick erreicht, in dem diese Prothesen dann auch noch als Entwicklungshilfe und Beitrag für den Wiederaufbau deklariert würden.

Als Arzt habe ich mehrere Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete in Afrika bereist und abertausende verstümmelte Kinder, Frauen, Greise, Zivilisten und Soldaten gesehen. So kann ich nicht schweigen. Ich protestiere gegen diese grausamste Art der Unmenschlichkeit in Wort und Tat!



Wie Scharping den „Völkermord“ im Kosovo erfand

Bouillon aus Hirngespinsten

Als über Weihnachten 1989 die konterrevolutionären Unruhen in Rumänien ihren Höhepunkt erreichten, konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ - dem Selbstverständigungsorgan der deutschen Großbourgeoisie - am 27. Dezember auf Seite 1 lesen: „Die Gefechte sollen 70-80 000 Menschenleben gekostet haben.“ Das sich seriös gebende Blatt mußte zehn Jahre später seine eigenen Erfindungen korrigieren. Am 24. Dezember 1999 teilte die FAZ in einer Rückschau mit, die Nachforschungen des Obersten Militärstaatsanwalts Rumäniens, Brigadegeneral Voinea, hätten ergeben, insgesamt seien damals 1 104 Menschen ums Leben gekommen - und zwar einschließlich des in einem Standgerichtsverfahren von Überläufern zum Tode verurteilten und anschließend erschossenen Ehepaars Ceausescu.

Die Zahl der Opfer wurde also zunächst bis zum 80fachen übertrieben. Zeitungen vieler Länder, alle großen Nachrichtenagenturen, Fernsehstationen und Hörfunksendler hatten damals ähnliche Horrorzahlen gemeldet. Aber schon im Frühjahr 1990 war offenbar geworden, welch unglaublicher Bluff der Weltöffentlichkeit durch die bürgerliche Journaile aufgetischt worden war.

Französische Journalisten beschäftigten sich kritisch mit dem „Delirium der Presse“, wie sie es nannten. FAZ-Korrespondent Jörg Altwegg berichtete am 19. Mai 1990 darüber. Seinen Beitrag nannte er „Gefältschtes Grauen“. Auf einem von der Pariser Zeitschrift „Nouvel Observateur“ veranstalteten Kolloquium hatte man, so Altwegg, die Ursachen für das „Delirium“ festgestellt: „Irgendwo mußte der Zusammenbruch des Schreckgespensts Kommunismus, der in Jubel und Heiterkeit über die Bühnen von Berlin bis Prag ging, ja doch - noch - blutig verlaufen ... Im Westen schienen die Redakteure zu Hause wie die Reporter vor Ort im Rausch der Bilder und Meldungen aus Bukarest und Temesvar schlicht den simpelsten Menschenverstand verloren zu haben.“

Die gleichfalls in Paris erscheinende „Le Monde diplomatique“ verwies in ihrer Märzausgabe darauf, daß die Methode der gigantischen Übertreibung vermuteter Opferzahlen mit dem Ziel der Emotionalisierung der Öffentlichkeit zu politischen Zwecken bei der Rechtfertigung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien erneut angewandt wurde. In dem von Serge Halimi und Dominique Vidal zusammengestellten Report „Hintergründe eines humanitären Unternehmens“ wird daran erinnert, daß Schröders Kriegsminister

Scharping mit Blick auf die Vorgänge im Kosovo ohne Zögern von einem „Völkermord“ gesprochen habe. Entsprechend schossen die vermuteten Opferzahlen in die Höhe. Am 19. April 1999 behauptete ein Sprecher des U.S.-Außenministeriums, 500 000 vermißte Albaner seien getötet worden. Im französischen Fernsehen teilte man 21. April mit: „Laut NATO gelten 100 000-500 000 Menschen als vermißt. In der Tat ist zu befürchten, daß sie von den Serben exekutiert wurden.“

Diese Phantasiezahlen brauchte man einen Monat nach Beginn der NATO-Bombardierung Jugoslawiens, um den wachsenden Widerstand in den Aggressorstaaten „moralisch“ zu unterlaufen. Das gelang auch, und nach Beendigung der direkten Kampfhandlungen sank dann „die vom Westen verbreitete Zahl der geschätzten Opfer auf albanischer Seite von sechs- auf fünfstellige Ziffern“, heißt es in „Le Monde diplomatique“. Die Autoren zitieren die Erklärung des britischen Außenministeriums vom 19. Juni 1999, wonach „in über 100 Massakern 10 000 Menschen getötet worden sind“. Auch USA-Präsident Clinton benutzte diese Zahl, während der gerade ernannte UN-Kosovo-Beauftragte, der Franzose Kouchner, am 2. August 1999 auf 11 000 exhumierte albanische Leichen verwies. Noch am gleichen Tag dementierte das Haager „Kriegsverbrechertribunal“ diese Zahl. Dessen Ermittler fanden dann bis Ende September im Kosovo 2 108 Leichen von Menschen, die vermutlich im Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitsorganen sowie während der NATO-Intervention ums Leben gekommen waren.

Am 20. November 1999 schrieb der Journalist John Laughland in der britischen Zeitschrift „Spectator“: „Selbst wenn man annimmt, daß es sich bei allen 2 108 Leichen um Albaner handelt, die aus ethnischen Gründen ermordet wurden, entspricht das nur einem Fünfzigstel der vom U.S. State Department im Juni verkündeten, einem Fünfhundertstel der von U.S.-Verteidigungsminister William Cohen im Mai genannten und einem Zweihundertfünfzigstel der vom Londoner Foreign Office im April angedeuteten Zahlen. Doch selbst diese Einschätzung ist nicht abgesichert. Zum einen wurde die Mehrzahl der Toten in Einzel- und nicht in Massengräbern gefunden, zum anderen sagt der Bericht nichts über Alter und Geschlecht, geschweige denn über die Nationalität der Opfer aus. Für einen gewaltsamen Tod in dieser Provinz waren die verschiedensten Ursachen denkbar. Über 100 Serben und

Albaner starben seit Beginn des Aufstands im Jahre 1998 durch terroristische Angriffe der UCK; 426 serbische Soldaten und 114 Polizisten des serbischen Innenministeriums wurden im Verlauf des Krieges getötet. Die UCK mit ihren zehntausenden bewaffneten Kämpfern hatte ebenfalls Verluste, wie die Todesanzeigen in den Dörfern des Kosovo belegen. Überdies sind seit Beginn des Krieges über 200 Personen umgekommen, die auf nichtexplodierte Splitterbomben der NATO trafen.“

Gestützt auf diese und andere Aussagen internationaler Beobachter kommen die beiden Journalisten von „Le Monde diplomatique“ zu der Einschätzung: „Neun Monate nach der Stationierung der KFOR im Kosovo stützt nichts, was in den Schlußfolgerungen der Ermittler des Internationalen Tribunals für Verbrechen im früheren Jugoslawien (ICTY) wie anderer internationaler Organisationen enthalten ist, die Anschuldigung eines „Völkermordes“.“

Weiter schreiben die Autoren: „Um die Differenz zwischen den angekündigten hunderttausenden Toten und den 2 108 tatsächlich gefundenen Leichen zu erklären, beschuldigt man die Serben, die Spuren ihrer Verbrechen u. a. durch Verbrennung der Toten verwischt zu haben.“

Insbesondere über eine angebliche Großaktion der Serben im Bergwerk von Treпча, bei der bis

zu 1 000 Leichen verbrannt worden sein sollten, kursierten wüste Berichte. Was davon zu halten war, machte ein am 31. Dezember auf der Titelseite von „Wall Street Journal“ veröffentlichter Bericht von Daniel Pearl und Robert Block deutlich. Darin hieß es u. a.: „Am Ende des Sommers waren Geschichten über Leichenverbrennungsanlagen, die denen der Nazis vergleichbar seien, so verbreitet, daß die Ermittler ein Team aus drei Höhlenforschungsexperten der französischen Polizei entsandten, um das Bergwerk nach Leichen abzusuchen. Sie haben keine einzige Leiche gefunden. Ein anderes Team untersuchte die Asche in den Öfen. Es fand keine Zähne und keinerlei Spuren verbrannter Körper.“

Das, was uns die Lügenköche der NATO aufsticht, war eine Bouillon aus Hirngespinsten. Es handelte sich dabei indes um ein zentrales Kapitel der psychologischen Kriegführung. Inzwischen wird der nächste Angriff auf Serbien massiv vorbereitet. Sollte es dazu kommen, dann dürfte Scharping abermals „serbische Greuel“ und den nächsten „Völkermord“ erfinden.

Rolf Vellay

Zu Gast bei der Partei der Arbeit Belgiens und ihrer Zeitung „Solidair“

Brüsseler Eindrücke

Der „RotFuchs“ war nach Brüssel eingeladen - zur diesjährigen Mai-Feier der Partei der Arbeit Belgiens. Sie stand unter der Losung „Gegen Imperialismus und Faschismus“.

An der Veranstaltung zum 1. Mai, die vom Morgen bis in die Nacht auf der Pferderennbahn Groenendaal stattfand, beteiligten sich Tausende. Zahlreiche Debatten, Kultur- und Sportereignisse, nationale und internationale Info-Stände prägten das Bild auf dem Festgelände. Bei den Podiumsdiskussionen, die großes Interesse fanden, ging es um Gewerkschaftsarbeit, lohn- und tarifrechtliche Fragen, Probleme des weltweiten Klassenkampfes, den Widerstand gegen Faschismus und Rassismus. Im „Café Marianne“ wurden nicht nur Frauenthemen erörtert; Karina Koretzki aus Österreich und Léonie Abo aus Kongo stellten sich den zahlreichen Fragen eines großen Publikums.

Genossen und Freunde der in Belgien recht einflußreichen Partei waren mit ihren Familien zu diesem Volksfest gekommen. Für die Kinder gab es Spiel- und Bastelecken, Ponyreiten und Filmvorführungen. Zu den Rhythmen latein-amerikanischer Musik wurde getanzt. Die Restaurants waren durchgängig geöffnet und boten landestypische Speisen zu volkstümlichen Preisen an. Auffallend war die starke Beteiligung junger Arbeiterinnen und Arbeiter, die aus verschiedenen Landesteilen nach Brüssel gekommen waren, um den 1. Mai mit der PTB zu begehen.

Die Partei der Arbeit Belgiens stellte sich als dynamische, mit dem Marxismus-Leninismus fest verbundene Organisation dar, die in der multi-kulturellen Arbeiterklasse des Königreichs einen festen Platz besitzt. Etwa 60 % der Genossinnen und Genossen sind in Betriebsgruppen organisiert. Die übrigen Kommunisten gehören Hochschulgruppen an oder werden in Wohn- und ländlichen Gebieten politisch wirksam.

Der proletarische Internationalismus, von dem die Partei beseelt ist, widerspiegelte sich deutlich auf dem Fest. Aus 41 Ländern waren Delegationen

oder Vertreter zu den Veranstaltungen der PTB angereist, unter ihnen Genossen der KP Cubas, der KP der Ukraine, der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens, verschiedener revolutionärer Bewegungen Kongos, der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande, der KP Sudans, des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“, der Coordination Communiste aus Frankreich sowie Abgesandte zahlreicher weiterer Parteien und Organisationen. Ihrer aller Anwesenheit hob der Vorsitzende der PTB, Ludo Martens, besonders hervor.

Höhepunkt des Tages war die von revolutionärem Kampfgeist geprägte Abschlußkundgebung, auf der u. a. die PTB-Generalsekretärin Nadine Rosa-Rosso zum verstärkten Kampf gegen Imperialismus und Faschismus aufrief. Sie erinnerte unter lebhaftem Beifall daran, daß mit dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution 1989/90 in Europa noch lange nicht das letzte Kapitel der Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse geschrieben wurde. Genossin Rosa-Rosso wandte sich eindeutig gegen den Kurs der Führer europäischer sozialdemokratischer Parteien wie Blair und Schröder, die den Weg des Kapitalismus gehen und imperialistische Aggressionen wie den NATO-Krieg gegen Jugoslawien unterstützen. Deren opportunistische Konzepte „neuer Modelle“ und der sogenannten Moderne würden indes nicht aufgehen, sagte sie. Die Rednerin bekannte sich unmißverständlich zum Marxismus-Leninismus. Eine Rückbesinnung auf Bernstein, die einige Sozialistenführer Europas heute befürworteten, sei lediglich eine Aufforderung an die Arbeiterklasse, sich im Kampf für ihre Grundrechte zu „mäßigen“. Im Rahmen ihrer Rede würdigte die Politikerin auch die Leistungen der deutschen Kommunisten beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, wobei sie besonders deren Arbeits- und Sozialgesetzgebung hervorhob.

Am Schluß der eindrucksvollen Kundgebung wurden die ausländischen Teilnehmer an der Mai-Feier den Anwesenden vorgestellt und von Nadine Rosa-

Rosso begrüßt. Mit dem vielsprachigen Gesang der Internationale klang die Veranstaltung aus.

In einem Gespräch mit dem Chefredakteur des PTB-Organs „Solidair“, Herwig Lerouge, hatte ich Gelegenheit, den „RotFuchs“ vorzustellen. Wir vereinbarten den ständigen Austausch beider Zeitungen. Genosse Lerouge, der auch dem Politbüro der PTB angehört, lud „RotFuchs“-Autoren zu Veröffentlichungen - nicht zuletzt über DDR-Erfahrungen betreffende Themen - in „Solidair“ ein.

Während des Besuchs bot sich die Möglichkeit, das im Zentrum von Brüssel auf dem Boulevard Lemonnier gelegene viergeschössige, technisch hervorragend ausgestattete Parteihaus, insbesondere die Redaktionsräume von „Solidair“, zu besichtigen. Hier entsteht jede Woche eine 24 Seiten umfassende, reich illustrierte Ausgabe der Zeitung. An deren Stand auf dem Festgelände konnte ich beobachten, wie etliche neue Leser ihre Bestellscheine ausfüllten.

Auch anderes bewegte mich in Brüssel: Als Mitglied des Arbeitsausschusses des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland nutzte ich die Gelegenheit, viele in- und ausländische Teilnehmer der Mai-Feier und einer sich anschließenden Konferenz über die Verfolgung von DDR-Bürgern und anderen Opfern der BRD-Klassenjustiz zu informieren. 32 der anwesenden Delegationen schlossen sich einer ihnen unterbreiteten Resolution an. Durch ihr Signum solidarisierten sie sich mit den kriminalisierten Antifaschisten aus der DDR und forderten die Beendigung der politischen Strafverfolgung in Deutschland sowie die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer.

Der 1. Mai in Brüssel hat uns - den Abgesandten des „RotFuchs“ - Mut und Kraft gegeben. Wir möchten uns noch einmal für die freundliche Einladung, die erwiesene Gastfreundschaft und die fürsorgliche Betreuung bei unseren belgischen Genossinnen und Genossen herzlich bedanken.

Merci beaucoup! Au revoir, camarades!
Kurt Andrä

Radio Jugoslawien in deutscher Sprache:

täglich von 18.30 Uhr - 19.00 Uhr auf 9620 kHz im 31m-Band - Kurzwelle
und von 22.00 Uhr - 22.30 Uhr auf 6100 kHz im 49m-Band - Kurzwelle

Solidarisch mit allen standhaften Kommunisten in Frankreich

Unser Herz für die Coordination

Mit ihrem XXX. Parteitag, der Ende März in Martigues bei Marseille stattfand, hat die von Robert Hue geführte offizielle FKP endgültig aufgehört, als kommunistische Partei zu funktionieren. Auch ihre reformistischen Führer haben verkündet, daß aus dem Kongreß eine neue „Kraft“ hervorgegangen sei, die sich im Zuge der „Mutation“ (Umwandlung) vom klassischen Kommunismus verabschiedet habe. Vor dem Gebäude, in dem der XXX. Parteitag zusammentrat, skandierten französische Genossen, die den kommunistischen Idealen treu geblieben sind und innerhalb wie außerhalb der FKP für die Formierung einer neuen revolutionären Kampfpartei eintreten: „Mutation, trahison!“ (Mutation - Verrat!) und „Assez jospiné, il faut lutter!“ (Schluß mit der Jospinisierung - man muß kämpfen!) Während Rolande Perlican, bisher Mitglied des Nationalkomitees, eine Kandidatur für den neugeschaffenen Nationalrat der FKP ablehnte und erklärte, sie werde sich für eine neue revolutionäre KP in Frankreich einsetzen, ließen die in verschiedenen Landesteilen einflußreichen Anhänger der Coordination Communiste wissen, sie würden - nicht zuletzt gestützt auf die starke Regionalorganisation von Pas-de-Calais und erhebliche Positionen im Departement Nord und im Pariser Raum - in den Reihen der Partei wie außerhalb derer für das gleiche Ziel wirken. Das Ergebnis der verheerenden Politik der in die sozialdemokratische Kriegsregierung Jospins eingebundenen FKP-Führungsgruppe um Robert Hue spricht Bände: Während die FKP 1976 noch 600 000 Mitglieder zählte und vor drei Jahren 260 000 angab, sind inzwischen nur noch 200 000 Genossen übriggeblieben. Die Zahl der Betriebszellen sank dramatisch. In der Zeit von 1989 bis 1997 verringerten sich diese wichtigen Basisorganisationen der Partei von 9 000 auf 900. Ein Fünftel der übrigen Zellen reduzierte seine Aktivitäten auf ein Minimum. Hatte die FKP 1979 noch einen Arbeiteranteil von 46,5 % besessen, so beläuft sich dieser mittlerweile auf etwa 31 %. Andererseits ist der Anteil von höheren Kadern und Angehörigen freier Berufe in 20 Jahren von 4,9 % auf 11,3 % gewachsen. Zwischen 1979 und 1989 verlor die FKP bei Wahlen ein Drittel der von ihr eroberten Rathäuser. In 6 von 7 Großstädten büßte sie die Bürgermeisterposten ein. Bei den letzten Parlamentswahlen gelang es trotzkistischen Gruppen, fast an das Resultat der FKP heranzukommen. Die Auflage der Tageszeitung „L' Humanité“, aus deren Kopf das Parteisymbol ganz und aus deren Inhalt die kommunistische Orientierung weitgehend verschwanden, beträgt

heute nur noch 50 000 Exemplare. Das Wochenendblatt „L' Humanité du Week-End“, das seit einiger Zeit statt der eingestellten „L' HumaDimanche“ erscheint, verkauft nur noch 109 000 anstelle von 170 000 (1989) Zeitungen.

In einer Erklärung der Coordination Communiste, die nach dem XXX. Kongreß veröffentlicht wurde, heißt es unter der Überschrift „Eine Revolutionäre Kommunistische Partei Rekonstruieren!“: Die „Mutation“ oder die „Chronik eines angekündigten Todes“ habe zur Zerstörung einer großen revolutionären Partei geführt. Dieser Prozeß sei schon vor langem eingeleitet worden. Die sukzessive Preisgabe des Marxismus, der Avantgarde-Partei, der sozialistischen Revolution, der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten habe in einer reformistischen „Mutation“ gemündet, deren Bilanz katastrophal sei. Trotz der wachsenden Enttäuschung von Mitgliedern der Partei sei die derzeitige FKP-Spitze mit dem von ihr „Geleisteten“ zufrieden. Der XXX. Parteitag habe nichts „Modernerer“ mit sich gebracht außer Angriffen auf die Zellen und Betriebsgruppen. Der Jugendverband sei bereits weitgehend zerstört, es vollziehe sich die Umwandlung der Partei in einen sterilen Diskussionsklub.

Der Kongreß von Martigues erinnere an den der Sozialdemokraten in Epinay: „Man tritt am Morgen bei und avanciert am Abend zum Führer.“ Das neue Nationalkomitee bestehe zum überwiegenden Teil aus „Persönlichkeiten, die im Wege des Elektoralismus in Ämter gekommen“ seien.

Insgesamt habe der XXX. Kongreß die sozialdemokratische Umwandlung der Partei unter völliger Negierung des opferreichen Einsatzes zahlreicher Mitglieder, die oft um den Preis ihres Lebens für die Schaffung einer

großen revolutionären Partei gewirkt hätten, vollzogen.

Die Coordination Communiste, die erneut den sofortigen Austritt der FKP-Minister aus der „Regierung Jospin-Voyonet-Gayssot“ fordert, bezeichnet die in Martigues de facto gegründete neue „Kraft“, die formell die Bezeichnung „kommunistisch“ beibehalten habe, als eine in das System integrierte politische Formation, die zum Satelliten der Sozialistischen Partei geworden sei und sich der herrschenden Ideologie unterwerfe.

„Wir haben keine Lust, den linken Flügel einer 'mutierten Partei' zu bilden.“ Aufgrund der reformistischen Entscheidung des XXX. Parteitages müßten die revolutionären Mitglieder jetzt ihre Verantwortung wahrnehmen und handeln, um in Aktionen und Kämpfen eine unabhängige kommunistische Politik in Betrieben und Wohngebieten zum Leben zu erwecken. In der Erklärung der Coordination Communiste heißt es abschließend: „Der Kampf ist schwer, aber es gibt keine andere Rettung für den Kommunismus in Frankreich als die Organisation und Sammlung gegen das Kapital und die Macht, um eine revolutionäre kommunistische Partei zu rekonstruieren.“

S. R.



Kühne und realistische Losung russischer Kommunisten:

Vorwärts zur Neo-NÖP!

Sehr gerne würde ich wollen, daß zu unserer Hauptlosung der Sozialismus werde. Aber man muß Rücksicht nehmen auf das ökonomische und sozialpolitische Wetter „draußen“. Unreale edle Wünsche sind nur geeignet, zur Niederlage zu führen, ebenso wie die Undefinierbarkeit der Ziele, ihr äußerliches Zusammenfallen mit der Putinschen Phraseologie. Es scheint, die exakteste, kürzeste, umfassendste und verständlichste Losung des Tages, die die nächste Perspektive Rußlands bestimmt, könnte folgende sein: „Vorwärts zur Neo-NÖP!“

In unserer Gesellschaft hat sich ein ziemlich stabiles Bild von der NÖP herausgebildet. Einerseits symbolisiert sie das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, diesem jahrhundertalten Traum des arbeitenden Volkes. Andererseits ist die NÖP unvereinbar mit einem administrativen Kommandosystem, sie ist dazu „verurteilt“, Marktmechanismen zu nutzen.

Heute „treffen sich“ alle - von den Kommunisten bis zu den „Medwedjews“ (den Anhängern der Partei „Bär“ um Luschkow und Primakow - d. R.), von Putin bis zum „kollektiven Rasputin“ - auf dem Punkt, daß die erste Sorge Rußlands der WIEDERHERSTELLUNG gelten müsse. Im 20. Jahrhundert hat unser Land schon zweimal diese Aufgabe erfolgreich gelöst. Nach dem Großen Vaterländischen Krieg durch Mobilisationsmethoden und bei maximaler Zentralisierung der Leitung. Und ein Vierteljahrhundert zuvor - mit Hilfe der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). 1920, am Vorabend der NÖP, betrug das Niveau der Industrieproduktion nur noch 13,8 % von dem des Vorkriegsjahres 1913, und der Rinderbestand hatte sich in den Jahren des imperialistischen Krieges und der Bürgerkriege um ein Viertel verringert. Innerhalb von fünf Jahren NÖP wurde das Vorkriegsniveau der Industrie erreicht, aber in Bezug auf den Rinderbestand und andere Kennziffern der Landwirtschaft war es sogar um 5-7 % höher.

In den Jahren der NÖP wurde eine Reform der Streitkräfte durchgeführt, die sich in der schweren Zeit auf einem Tiefstand der Effektivität befunden hatten. Die Kriminalität wurde stark zurückgedrängt. Kinderobdachlosigkeit und -verwahrlosung konnten beseitigt werden. Eingeleitet wurde die massenhafte Überwindung des Analphabetentums. Dank der NÖP wurde die Inflation weitgehend behoben. Es fand eine grundlegende Reform des Finanzwesens statt. Eine feste Währung wurde eingeführt - der Gold-Tscherwonez, den man in der Welt für stabiler hielt als Dollar, Pfund und Mark. Anders gesagt, mit Hilfe der NÖP hat das Land jene Plagen besiegt, unter denen es sich jetzt windet.

Man muß daran erinnern, daß die NÖP auf der Nutzung von Warenbeziehungen basierte, d. h. von Marktmechanismen; aber eine wirksame Kontrolle seitens des Staates

ließ nicht zu, daß sie sich in „ungezügelt“ und „basarische“ verwandelten. Initiative und Unternehmertum wurden nicht nur durch ökonomische Methoden unterstützt, sondern auch durch die zielgerichtete Politik der Partei und des Sowjetstaates. Die Wirtschaft funktionierte erfolgreich - und zwar in vielen Formen. Dabei kontrollierte die Gesellschaft, daß das Maß der Ausbeutung der Lohnarbeiter nicht jene Schwelle überschritt, hinter der sich unvermeidlich die Neureichs einrichten und die Werktätigen rechtlos werden. Die NÖP hat das Privateigentum nicht vernichtet, aber ihm auch nicht erlaubt, seinen Willen dem Staat und dem Volk zu diktieren.

Die NÖP hat geholfen, die soziale Hauptkonfrontation jener Zeit zu beseitigen - die zwischen den Arbeitern und den Bauern/Eigentümern. Ihr Klassenwesen bestand in der Gewährleistung eines festen Bündnisses. Mehr noch, der Staat garantierte auch das Fehlen von Konfrontation in Bezug auf den gesetzestreuenden NÖP-Mann/Eigentümer. Es ist selbstverständlich, daß gegen Wirtschaftsverbrecher ein erbarmungsloser Kampf geführt wurde.

Und noch etwas. Die NÖP hat bewiesen, daß die Vielformenwirtschaft ein unvermeidlicher Wettbewerb zwischen Privateigentum und gesellschaftlichen Wirtschaftsformen ist. Aber damit er unter Gleichen stattfindet, damit die Starken nicht über offenkundige Startvorteile verfügen, wird den Werktätigen das Staatsmandat auf Volkskontrolle gewährt. Überdies hat der Staat auf jede Weise die Kooperation stimuliert, bemühte er sich, das in seinen Händen befindliche Eigentum effektiv zu nutzen.

Selbstverständlich war die NÖP kein „goldenes Jahrhundert“ ohne Widersprüche und Probleme. Aber erstens sind die jetzigen Antagonismen und Konflikte unermesslich schärfer als die der NÖP. Zweitens hat die NÖP in kürzester Frist Rußland aus dem Abgrund herausgezogen. Heute gibt es keine dringendere Aufgabe.

Vor allem darf man nicht zulassen, daß die Widersprüche (aber ohne sie gibt es keine Gesellschaft) der Neo-NÖP das Land in ein hartes und unbarmherziges Administratives Kommandosystem stoßen. Heute lechzt das Jelzin-Putin-Regime geradezu danach, Rußland in diesem Sinne „umzugestalten“. In der Hoffnung auf ein solches System setzen die Neureichs und die regionalen Pseudoliten auf W. W. Putin. Für Kommunisten ist ein Administratives Kommandosystem nicht das Ideal. Die Orientierung der KPRF geht auf Volksmacht.

Also - Neo-NÖP. Sie hat vollkommen neue Startbedingungen. Die Bolschewiki haben die NÖP für einen zeitweiligen Rückzug gehalten, die heutigen Kommunisten können in der NÖP nur einen mächtigen Schritt vorwärts sehen. Heute zu ihr überzugehen, ist sowohl leichter als auch schwieriger. Leichter deshalb, weil es die Möglichkeit

gibt, schon vorhandene Ware-Markt-Mechanismen zu nutzen. Aber bedeutend schwieriger, weil die Privatler/Neureichs schon „über die Stränge schlügen“, schon fest daran glauben, daß ihnen alles erlaubt ist, weil sie bereits von der Allmacht der Gesetzlosigkeit überzeugt sind.

Die NÖP am Anfang des 21. Jahrhunderts ist dazu verurteilt, eine neue NÖP zu werden (ungeachtet des „sprachlichen Blödsinns“: neue „Neue Ökonomische Politik“). Sie orientiert sich auf eine qualitativ andere technologische Basis. Jene, die im 20. Jahrhundert blieb, hat Kurs auf Industrialisierung gehalten. Die Neo-NÖP muß zur postindustriellen Technologie führen.

Die politische „Umrahmung“ der Neo-NÖP ist auch eine vollkommen andere. Die NÖP der 20er Jahre bestand unter der „Aufsicht“ der Diktatur des Proletariats. Die bourgeoisen politischen Parteien waren schon aus der russischen Arena verschwunden (die Mehrzahl hatte sich übrigens selbst aufgelöst, sie „verwelkte und verdorrte“). Der jetzige politische Horizont ist ein anderer ... An der Parteienvielzahl kommt man nicht vorbei, ihr kann man nicht sagen: „Scher dich zum Teufel!“ Sie wird es unvermeidlich auch in der Zeit der Neo-NÖP geben. Die Freiheit des Wortes bleibt ebenfalls erhalten, aber sie gilt nicht für Freiheit der Lügen und des Geschwätzes.

Natürlich, Vielfalt der Wirtschaftsformen. Wenn sie nicht nur die Koexistenz zweier Systeme, sondern auch deren realen Wettbewerb voraussetzt, dann ist sie unvereinbar mit der Allmacht eines Präsidenten. Aber auch zur Allmacht der Sowjets zurückzukehren, wird kaum sofort möglich sein. Um so realer ist offensichtlich eine Kreuzung - die parlamentarische Sowjetrepublik.

Ein solcher Staat wird - entsprechend den ökonomischen Verhältnissen der Neo-NÖP - jedes Eigentum schützen; sowohl das Staatseigentum als auch das genossenschaftliche und das Privateigentum. Aber ohne Willkür und liberale Gemeinheiten. Der Staat wird - nicht aus Weisheit der Regierenden, sondern kraft der ökonomischen und politischen Notwendigkeiten - die Diktatur des Gesetzes im Interesse des Volkes verwirklichen. Eine Expropriation von Eigentum wird von ihm nicht zu umgehen sein, aber nur dann, wenn es ungesetzlich erworben worden ist.

Die Neo-NÖP - das ist keine Utopie, sondern zwingende Notwendigkeit. Die Losung der Neo-NÖP stößt niemanden zurück, außer den Neureichs, die die liberalen Radikalen anbeten. Das Massenbewußtsein, darunter das des Kleinbürgertums, ist, wie es scheint, schon an sie herangereift.

Prof. Dr. Viktor Truschkow, Mitglied des ZK der KPRF

Aus „Prawda Rossiji“, 2.-8. 2000
Übersetzt von Eberhard Bock

Übergangsgesellschaft und Diktatur des Proletariats

Kein Sozialismus aus der Retorte!

Beim Studium der vom 14. Parteitag der DKP als Arbeits- und Diskussionsmaterial beschlossenen und später zum „Programmbaustein“ erhobenen „Sozialismus-Vorstellungen“ fällt auf, daß besonders die ökonomischen Konzepte nicht dem Kapitalismus, sondern den Ergebnissen bisheriger sozialistischer Revolutionen (bzw. was die Verfasser darunter verstehen) gegenübergestellt werden. Die künftige sozialistische Ökonomie müsse „wirkliche Vergesellschaftung“ anstelle „bloßer Verstaatlichung“ sein. Es gehe um die Überwindung der „Entfremdung vom Eigentum“ durch „aktive und schöpferische Teilnahme am Produktionsprozeß“. Die Produzenten sollten aus „formalen“ zu „tatsächlichen“ Eigentümern werden. Der Aufbau einer „sozialistischen Selbstverwaltung“ stehe statt bisheriger Staatsverwaltung auf der Tagesordnung. Es gehe um die Übergabe der Produktionssteuerung „an die Produzenten selbst“. Unter diesen Voraussetzungen erfolge die zentrale Planung über „das sozialistische Eigentum der Finanzinstitute (?) und Konzerne (?)“. Immer mehr Bereiche würden der „Totalität des Marktes“ entzogen. Sozialistische Selbstverwaltung heiße „konkret“, daß „die alten Eigentumstitel gelöscht“ würden.

Es verwundert, daß sozialistische „Vorstellungen“ nicht einer Kritik des Kapitalismus entspringen sollen, sondern einer (reichlich oberflächlichen) Auseinandersetzung mit der Ökonomie der Periode der sozialistischen Revolution.

Offensichtlich haben die Verfasser des Papiers den Staat bereits „abgeschafft“, zumindest seine ökonomische Funktion. An deren Stelle können die Computer die „Abstimmung über die Produktion unter den Produzenten und Konsumenten selbst“ gewährleisten. „Sozialistischer Neoliberalismus“?

Von welchem Sozialismus sprechen eigentlich die Autoren? Von der sozialistischen Revolution oder von der 1. Phase des Kommunismus? Auf welcher materiell-technischen Basis erhebt sich diese Ökonomie?

Wer sich nicht konsequent von den realitätsfernen Verdrehungen der Ökonomie der sozialistischen Revolution durch die bürgerlichen Ideologen verabschiedet, bringt auch selbst nur Zerrbilder künftiger sozialistischer Ökonomie hervor. Deren Probleme und Widersprüche sind nur durch prinzipielle Kritik des derzeitigen Standes kapitalistischer Ökonomie erfassbar. Eine maßgebliche Ursache solcher Ver-

wirrung ist die ungenaue Definition des Sozialismus. Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel soll der Sozialismus seinem Wesen nach sozusagen „fertig“ sein. Das erinnert an Stalin, der den Sozialismus zur Zeit des XVIII. Parteitags Ende der 30er Jahre schon für errichtet hielt. Oder an den unmarxistischen Voluntaristen Chruschtschow, der sogar den Übergang zum Kommunismus in kurzer Frist proklamierte.

Halten wir uns lieber an Marx' „Kritik des Gothaer Programms“: Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere.“ (MEW 1969 Bd. 19, S. 28) Die Gesellschaft dieser Periode ist keine kapitalistische mehr und noch keine kommunistische. Sozialismus verstehen wir aber bereits als 1. Stufe des Kommunismus. In diesem Sinne war das bisher Erreichte (und wieder Verlorengegangene) noch kein Sozialismus. Ich spreche daher, wenn ich den Zeitraum 1917-1985 ins Auge fasse, von der Periode der sozialistischen Revolution oder der Periode der revolutionären Umwandlung, die ihrem Charakter nach die von Marx definierte Übergangsgesellschaft - die Diktatur des Proletariats - war und nicht mehr sein konnte, solange der Imperialismus existiert. (Marx ging stets vom weltweiten Sieg des Proletariats aus.)

Deshalb charakterisieren die Gegenüberstellungen im Sozialismus-Papier der DKP - noch dazu sehr ungenau - völlig verschiedene Geschichtsetappen: die der Übergangsgesellschaft, der Diktatur des Proletariats, des Staatseigentums an Produktionsmitteln, der Wert- und Warenproduktion einerseits - die des Sozialismus, des direkten gesellschaftlichen Eigentums, unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit (ohne Austausch, ohne Wertproduktion) ... andererseits. Mit einer solchen „Kritik“ der Übergangsgesellschaft wird aber in letzter Konsequenz die sozialistische Revolution in Frage gestellt und die Illusion verbreitet, man könne den Sozialismus auch ohne diese revolutionäre Umwandlungsperiode erreichen.

In den „Sozialismus-Vorstellungen“ wird das Hauptproblem der Übergangsperiode überhaupt nicht erwähnt: das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion. Es ist nur durch zentrale staatliche Planung zu beherrschen, natürlich im Rahmen einer

bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes. Die Entwicklung gesellschaftlicher Produktivkraft erscheint also immer noch als Akkumulation von Kapital in staatlicher Regie. Insgesamt übersehen die Verfasser offensichtlich den Gesetzescharakter jeglicher Ökonomie. Deswegen kann man sie sich nicht „vorstellen“, sondern muß sie erforschen.

Regelrecht fragwürdig ist es, „Sozialismusmodelle“ immer auf der Grundlage des Entwicklungsstandes der imperialistischen Hauptländer zu entwerfen. Eurozentrismus und Chauvinismus der Metropolen sind Kommunisten fremd.

Der Übergang zum Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus hat drei Grundvoraussetzungen, die alle erfüllt sein müssen:

1. Der revolutionäre Übergangsprozeß muß sich weltweit vollziehen; nicht gleichzeitig, aber in einem langen Zeitraum (solange ein imperialistisches System existiert, wird der revolutionäre Prozeß in den entstehenden proletarischen Staaten - wie wir bitter erfahren haben - allein nicht zu Ende geführt werden können.)

2. Die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit muß weltweit die nötige Höhe erreichen und nicht nur in den Industriestaaten.

3. Die Klassenstruktur der revolutionären Gesellschaften muß weltweit annähernd der gegenwärtigen Polarisierung der Industrieländer entsprechen.

Wenn Lenin von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande sprach, so handelte es sich um den Sieg der sozialistischen Revolution, nicht aber um den des Kommunismus. (LW 21, S. 345/346)

Aus der derzeitigen Weltlage können wir schließen, daß in einem kommenden revolutionären Prozeß nicht die Industrieländer das Tempo der Umwandlung bestimmen werden. Um im Weltmaßstab ihr Niveau der Produktivkraft und der Konsumtion zu erreichen, ist eine sehr lange Akkumulationsphase erforderlich. Vielmehr wird sich zunächst objektiv eine Angleichung auf weit niedrigerem Niveau vollziehen. Das resultiert allein schon aus dem revolutionären Verzicht der Werktätigen der Metropolen auf die Ausbeutung fremder Völker, wobei ohnehin anzunehmen ist, daß eine Revolution zu allerletzt die Industriestaaten erfassen wird. Um diese Wahrheit dürfen wir uns nicht herumdrücken.

Norbert Pauligk

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (20)

Lenins Sozialismusvorstellungen, Teil 2 (1917-1923)

Mit der Eroberung der politischen Macht durch das russische Proletariat im Oktober 1917 fiel weltgeschichtlich erstmals einer Abteilung der internationalen Arbeiterklasse die Leitung eines großen multinationalen Staates zu. Eines Staates mit - im Vergleich zu den imperialistischen Metropolen - rückständiger Technik und Ökonomik, zunächst unter Bedingungen des Bürger- und Interventionskrieges (bis 1920), danach ständiger Angriffe der inneren und äußeren Konterrevolution.

Diese konkreten Umstände spiegelten sich natürlich auch in den Sozialismusvorstellungen Lenins wider. Sie enthalten zugleich allgemeingültige Aussagen, die nicht nur für heutige Entwicklungsländer, sondern auch für die imperialistischen Zentren Bedeutung haben.

Zu den ersten Aussagen, die für einen neuen Übergang zum Sozialismus äußerst wichtig - und umstritten! - sind, gehört die von Lenin theoretisch verallgemeinerte Erfahrung, daß mit den durch den Bürger- und Interventionskrieg bedingten Methoden des Kriegskommunismus nicht der Übergang von der kapitalistischen Warenproduktion zur kommunistischen Produktverteilung „in einem Sprung“ zu bewerkstelligen ist. Wie Lenin schrieb, begingen die Bolschewiki „den Fehler“, mit der Konzeption des Kriegskommunismus „den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen“. Sie waren der Meinung, daß mit der Ablieferungspflicht der Bauern und der Versorgung der Fabriken und Werke mit Getreide „eine kommunistische Produktion und Verteilung“ erreicht werden könnten. (LW 33/42)

Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft erfolgt ökonomisch über Ware-Geld-Beziehungen, über Markt, Handel, Rechnungsführung, Rentabilität, Kredit und ein stabiles Staatsbudget. Warenproduktion ist nicht allein an den Kapitalismus gebunden. Sie gab es auch in vorkapitalistischen Gesellschaften. Im Sozialismus bleiben Ware-Geld-Beziehungen eine nicht zu überspringende, langandauernde Etappe zur Schaffung von Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus. Dies gilt ganz besonders für hochentwickelte kapitalistische Länder.

Nach der Errichtung der Sowjetmacht nahmen Fragen des Wirtschaftsaufbaus in Lenins Sozialismusvorstellungen von Beginn an einen zentralen Platz ein. Sozialismus sei vor allen Dingen Rechnungsführung, nicht durch Erlasse von oben, sondern durch die Volksmassen selbst, durch die

organisierte Avantgarde, den fortgeschrittensten Teil der Werktätigen, d. h. durch die KPR (B). (LW 26/283 und 30/274) Strenge Rechnungsführung in der Produktion sei der Anfang vom Sozialismus.

Rechnungsführung und Kontrolle, effektive Arbeitsmethoden, hohe Disziplin waren Themen, die sich ab November 1917 durch fast alle Überlegungen Lenins zur Ökonomik der Übergangsperiode hindurchzogen, besonders prägnant in der bekannten und oft zitierten Schrift „Die große Initiative“. Das Proletariat müsse einen im Vergleich zum Kapitalismus „höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“ hervorbringen; darin sah Lenin den „Kern der Sache“. Die einzige Gewähr für die Dauerhaftigkeit und Unumstößlichkeit des Sieges der sozialistischen Revolution sei die Schaffung einer neuen höheren Produktionsweise. „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“ (LW 29/416) Sollte die nächste sozialistische Revolution wieder in ökonomisch rückständigen Ländern beginnen, behält dieser Satz Lenins seine Gültigkeit. Aber auch in den drei Zentren des Imperialismus ist die Produktivkraftentwicklung unterschiedlich, wie der Abstand der EU gegenüber den USA zeigt, so daß im Falle des „Beginns“ in der EU die Frage der Arbeitsproduktivität relevant bliebe.

Lenin hatte keine Illusionen über die Schwierigkeiten und die Langwierigkeit der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Erst nach der Errichtung der Sowjetmacht wurden die Probleme empirisch erlebbar. Der Begriff einer „neuen Gesellschaft“ sei eine Abstraktion. Sie könne nicht anders verwirklicht werden als „durch eine Reihe mannigfaltiger, unvollkommener konkreter Versuche, diesen oder jenen sozialistischen Staat zu schaffen“. (LW 27/333 f.) Lenin hielt demnach verschiedene Formen des Hervorbringens eines sozialistischen Staates für möglich. Die Kontrolle müsse nicht nur über eine Minderheit von Kapitalisten ausgeübt werden, sondern auch über diejenigen Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden seien, über Müßiggänger, Gauner und ähnlich windige Existenzen. (LW 27/346)

Die sozialistische Umgestaltung ist ohne die Mithilfe bürgerlicher Spezialisten unmöglich. Diese seien aber in der alten Gesellschaft erzogen worden und könnten sich andere als kapitalistische Verhältnisse kaum vorstellen. Sie brächten tausende

bürgerliche Vorurteile mit (LW 27/408 f.) „... wir wissen, daß man die Menschen nicht mit einem Mal ummodeln kann, und daß man



Dutzenden Millionen Menschen nicht mit einem Mal den Glauben an den Sozialismus einflößen kann. Woher sollen sie diesen Glauben nehmen? Aus dem Kopf?“ (LW 27/526) Selbst Sowjetfunktionäre würden bisweilen der Spekulation verfallen. Solche Fälle kämen überall vor. Wenn die Partei siegreich sei, mache sich eine Menge negativer Elemente an sie heran, um Vorteile zu gewinnen. Die Partei müsse wachsam sein gegenüber Karrieristen und Feinden innerhalb ihrer eigenen Reihen. Unter diesen komplizierten Bedingungen erster Schritte in Richtung Sozialismus wandte sich Lenin auch gegen voreilige Rufe nach dem Absterben des Staates. 1918 meinte er, daß die KPR (B) noch keine Charakteristik des Sozialismus geben könne. Begonnen habe die Ära der sozialen Revolution, aber wie der vollendete Sozialismus aussehen werde, wisse die Partei nicht. Dafür gebe es noch keine Materialien. „Die Ziegel sind noch nicht hergestellt, aus denen der Sozialismus aufgebaut wird.“ Und: „Im voraus das Absterben des Staates zu proklamieren, wäre eine Verletzung der historischen Perspektive.“ (LW 27/135)

Bis zu seinem Tode hielt Lenin an der von Marx/Engels begründeten These von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats für die gesamte Übergangsperiode fest. „Vorbei sind die Zeiten des naiven, phantastischen, mechanischen, intelligenzlerischen Sozialismus, wo man die Sache so darstellte, man werde die Mehrheit der Menschheit überzeugen, ein prächtiges Bild der sozialistischen Gesellschaft zeichnen, und die Mehrheit werde den Standpunkt des Sozialismus beziehen. Vorbei sind die Zeiten, als man sich und andere mit diesen Kindermärchen unterhielt.“ (LW 29/343) Angesichts der totalitären Herrschaft der internationalen Monopolbourgeoisie dürften diese Überlegungen für die Ausarbeitung von Sozialismus-Vorstellungen unserer Tage ihre universelle Gültigkeit nicht verloren haben.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin, I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung, Abschn. III, in: LW 29/339-345.

Die große Initiative, Bd. 29, S. 399-424

Reporterskizzen (24)

Kontakte mit dem Feind

Es war Mitte der 80er Jahre. Eines Abends rief mich ein guter Freund an. Er sprach wie immer englisch mit amerikanischem Akzent. Nach zwei Minuten unterbrach ich ihn. „Einen Augenblick, George, ich muß rasch etwas klären.“ Dann fuhr ich auf deutsch fort. „Liebe Genossen des MfS, mein Gesprächspartner ist weder von der USA-Botschaft noch von der CIA. Es handelt sich um den amerikanischen Kommunisten und Arzt Dr. George Eisen, Bürger der DDR und Mitglied der SED, wohnhaft Friedrichstraße Nr. ... Ich sage Euch das, damit Ihr keinen unnötigen Aufwand treiben müßt.“ Meine Information war keineswegs ironisch gemeint. Als Leiter der Sektion kapitalistische Länder in der außenpolitischen Redaktion des ND unterhielt ich ständigen Kontakt zur Botschaft der Vereinigten Staaten, die mit Geheimdienstleuten aller Ränge vollgestopft war. Regelmäßig suchte ich das Botschaftsgebäude in der Neustädtischen Kirchstraße 4/5 auf, um an den unterschiedlichsten Veranstaltungen teilzunehmen. So ging ich sicher nicht fehl in der Annahme, daß mein Telefonanschluß überwacht wurde. Und ich hielt das auch im Interesse meiner eigenen Sicherheit für richtig.

Meine „Kontakte mit dem Feind“ konzentrierten sich vor allem auf die jeweiligen Botschaftsräte für Presse und Kultur, obwohl es auch vorkam, daß mich USA-Botschafter Herbert Okun, der zuvor in Lissabon Stellvertreter Frank Carluccis - später zeitweilig die Nr. 2 der CIA - gewesen war, irgendwann anrief, um mich zu einem Essen mit „aus den USA angereisten interessanten Persönlichkeiten“ einzuladen.

Da war zunächst Edward Harper - eine schillernde Gestalt -, der mir ganz beiläufig erzählte, er habe zuvor u. a. in Warschau, Budapest, Prag und Moskau, „diplomatische Aufgaben erfüllt“. Harper stammte aus dem Süden des USA-Bundesstaates Georgia und nannte sich einen „Liberalen mit Sympathien für bestimmte sozialistische Reformen in der Wirtschaft“. Tatsächlich war er von rassistischen Vorurteilen gegenüber Schwarzen in seiner Heimat erfüllt.

Der Zufall will es, daß ich noch eine Aktennotiz über ein Arbeitessen mit dem Botschaftsrat besitze, das am 11. November 1980 stattfand. Wir speisten im Berliner Restaurant „Ganymed“. Harper hatte durchaus differenzierte Vorstellungen von der DDR. Die Entwicklung der Landwirtschaft erscheine ihm als „ein Wunder“. Auch der zuständige Mitarbeiter seiner Vertretung sei beeindruckt. Er selbst glaube, daß der Erfolg mit „deutscher Tüchtigkeit“ zusammenhänge. Allerdings könne er seine Bewunderung nicht auf alle Gebiete ausdehnen. Die Presse empfinde er als grau und langweilig. Vor allem das von mir vertretene Blatt. Immerhin könne der, der wolle, aus dem ND alles Wesentliche herauslesen - zwischen den Zeilen und anhand dessen, was veröffentlicht und was nicht veröffentlicht werde. Harper zeigte sich überrascht, daß DDR-Vertreter zahlreich an einer „Show“ teilgenommen hätten, die aus Anlaß der erst kurz zurückliegenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen von der Botschaft inszeniert worden war. Man habe nicht damit gerechnet, daß überhaupt jemand erscheine. Tatsächlich hatten wir uns - zersplittert

(als letzter kam gegen Morgen der stellvertretende DDR-Außenminister Kurt Nier) während der Wahlnacht im Botschaftsgebäude eingefunden, um am Monitor die aus Amerika eintreffenden Ergebnisse - Reagans Sieg - zu verfolgen. Ein sonderbarer Vorgang.

Bei dem Gespräch im „Ganymed“ ließ Harper etwas durchschimmern, das damals noch strenges Geheimnis war. Präsident Carters Chef-sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, ein USA-Bürger polnischer Abkunft, habe Außerordentliches vollbracht. Sein „tollstes Stück“ sei es gewesen, wie er in Amerika und international darauf Einfluß genommen habe, daß ein anderer Pole Papst geworden sei. „Bei Gelegenheit erzähle ich Ihnen mal diese Story“, versprach mir der „Diplomat“.

Harper wurde durch Cynthia Miller abgelöst, die von der U. S. Information Agency (USIA) - einer kaum verdeckten Front der CIA - kam. Ich habe sie im Mai 1988 bei einer Veranstaltung mit Hermann Axen im Washingtoner National Press Club wiedergetroffen. Inzwischen war sie - offenbar in Anerkennung ihrer gegen die DDR gerichteten Tätigkeit - zur Abteilungsleiterin bei der USIA aufgestiegen. Mrs. Miller vermittelte in Berlin und anderswo vor allem Gespräche mit die DDR bereisenden „Professoren“. Ich erinnere mich u. a. an ein Dinner mit Prof. John P. Lovell, der aparterweise vom militärnahen Institut für Strategische Studien in Carlisle (Pennsylvania) stammte.

Überhaupt lernte ich bei den Amerikanern - vor allem anläßlich der zahlreichen Empfänge in der Residenz des Botschafters - illustre Gestalten kennen. Eines Tages stand mir dort ein gewisser Patrick E. Nieburg gegenüber. Wir tauschten wie üblich die Visitenkarten. Diesmal hatte ich den Klassenfeind in Potenz vor mir. Auf dem Stück Karton standen unter dem Namen des Besitzers nur die vier Buchstaben RIAS. Auf diplomatischem Parkett galte Haltung zu bewahren. „Was machen Sie beim ‚Neuen Deutschland‘, Mr. Steiniger?“, fragte der hochgewachsene Mann. Ich gab artig Auskunft. „Was machen Sie beim RIAS, Mr. Nieburg?“, spielte ich den Ball zurück. „Ich bin der Intendant“, sagte der Amerikaner kühl.

Als Gunther K. Rosinus Botschaftsrat für Presse und Kultur wurde, bezog diesen Posten ein Vertreter der CIA, der schon in machen Sätteln geritten war. Er kam direkt vom CINCPAC - dem Pazifischen Oberkommando der USA-Streitkräfte in Japan und hatte sich dort mit Geheimdienstarbeit beschäftigt. Mr. Rosinus war elegant und kultiviert, aber einer von der härtesten Sorte. Der Antikommunismus schaute bei ihm aus jedem Knopfloch. Er schenkte uns nichts und ließ keine Gelegenheit ungenutzt, seine Aufklärungs- und Diversionspflichten wahrzunehmen. Am ND biß er sich regelrecht fest. Eines Tages, im September 1983, meldete er sich zu einem „persönlichen Gespräch“ bei mir an. Wie sich herausstellte, wollte er eine Protestnote der USA-Botschaft loswerden. Sie betraf die Berichterstattung der DDR-Medien und besonders unserer Zeitung über einen brisanten Zwischenfall. Damals hatten CIA und NSA eine südkoreanische Passagierma-

schine in militärisch sensible feindliche Gebiete der Sowjetunion bewußt fehlgeleitet. Nachdem die Luftverteidigung der UdSSR den Eindringling den Regeln entsprechend wiederholt zur Landung aufgefordert hatte, was dieser mißachtete, wurde das Flugzeug abgeschossen. Die USA-Seite nutzte den Vorfall zur Inszenierung einer heftigen antisowjetischen Verleumdungskampagne.

Mr. Rosinus trug mir die amerikanische Version vor. Er legte sich scharf ins Zeug. Ich teilte ihm mit, daß nur das DDR-Außenministerium, nicht aber eine Zeitungsredaktion für die Entgegennahme diplomatischer Proteste zuständig sei. Bei der Gelegenheits sagte ich zu dem Botschaftsrat: „Was dort gespielt wurde, müssen Sie doch am besten beurteilen können. Schließlich waren Sie Aufklärungsoffizier beim CINCPAC, das für solche Provokationen zuständig ist.“ Der USA-„Diplomat“ war verblüfft. Am nächsten Tag schickte er mir einen handschriftlichen Brief, in dem er auf seine Erfahrungen beim CINCPAC Bezug nahm. „Was uns da jeden Morgen von unserer ‚Intelligence‘ gezeigt und vorgetragen wurde ...“ las ich erstaunt. Ich besitze das Schreiben von dokumentarischem Wert noch heute.

Doch Rosinus ließ nicht locker. Am 30. Januar 1984 schrieb er an den ND-Chefredakteur, er bitte - nach einem „anregenden Gespräch mit Dr. Klaus Steiniger“ - um die wohlwollende Prüfung der Frage, ob der 1. Sekretär der Botschaft, Mr. Brian M. Quigley, die Wahlkampagne in der DDR „eine Zeitlang aus nächster Nähe beobachten“ könne. Auch für Genehmigungen dieser Art war „Neues Deutschland“ nicht die richtige Adresse. Einmal mehr suchten die Geheimdienst-Diplomaten in der Neustädtischen Kirchstraße das für sie gültige Reglement zu unterlaufen. Übrigens, Mr. Quigleys Name war nur wenige Jahre später in allen einschlägigen CIA-Handbüchern zu finden.

Als besonders karrierebewußt erwies sich die USA-Botschafterin Rozanne Ridgway, die aus ihrer Berliner Funktion direkt zur Unterstaatssekretärin im USA-Außenministerium aufstieg. Ich entsinne mich eines Essens im Hotel „Metropol“, das die sich verabschiedende Diplomatin am 1. Juli 1985 zu Ehren von USA-Senator Joseph Biden gab. Von deutscher Seite nahmen daran auch die damals als „Dissidenten“ hofierten Schriftsteller Stefan Heym und Rolf Schneider teil. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem Dialog zwischen mir und Biden. Der Senator, ein liberaler Demokrat und Gegner des Reaganschen Hochrüstungskurses, der am selben Tag von DDR-Außenminister Fischer empfangen worden war, fand Gefallen an dem freimütigen Gespräch. Am 16. Juli d. J. schrieb er mir: „Ich fand die Gesellschaft und das Gespräch höchst erfreulich und informativ. Ich hoffe, daß wir irgendwann in der nahen Zukunft Gelegenheit haben, unsere Diskussionen fortzusetzen... Nochmals Dank für alle Gastfreundschaft. Aufrichtig, Joseph R. Biden.“ Übrigens war es nicht der einzige Kontakt zu Parlamentariern der Vereinigten Staaten. Im Mai 1974 führte ich einen Briefwechsel mit den Senatoren George McGovern, Birch Bayh, J. William Fulbright, Mike Mansfield, Frank Church und Charles H. Percy. Er betraf eine geplante Sondierungsreise nach Washington, die dann leider ins Wasser fiel, weil ich nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus als Sonderkorrespondent nach Lissabon entsandt wurde.

Klaus Steiniger

Am Rande bemerkt

□ Willi Bredel gratulierte **Alex Wedding** (d. i. Grete Weiskopf; 11. Mai 1905 bis 15. März 1966) mit folgenden Worten zum 50. Geburtstag: „1930 schrieb sie ihr erstes Buch, ‚Ede und Unku‘, den Roman eines Berliner Arbeiterjungen und eines kleinen Zigeunermädchens. In den zweieinhalb Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, hat sie einen ungewöhnlich erfolgreichen Weg zurückgelegt und zählt heute zu den beliebtesten Kinder- und Jugendbuchautoren. Allein in der DDR geht die Gesamtauflage ihrer Bücher in die Hunderttausend. 1933 durch den Faschismus aus Berlin vertrieben, hat sie an der Seite F. C. Weiskopfs das oftmals schwere Dasein im Exil geführt, dessen äußere Stationen Prag, Paris, Stockholm, New York und Peking waren. Ob aber im winzigen Zimmer eines Pariser Emigrantenhotels, ob in einer geräumigen Diplomatenwohnung in Stockholm oder Peking, Alex Wedding ist sich stets gleichgeblieben, hat unermüdet historische und literarische Studien getrieben, das Leben, die Eigenarten und Gewohnheiten der Menschen fremder Völker beobachtet und mit besonderer Liebe die Folklore durchforscht. Aus ihrem eigenen Erleben und aus dem, was ihr durch ihre Geschichtsstudien zum Erlebnis wurde, schöpfte sie für ihr künstlerisches Schaffen. In ihrem Roman ‚Die Fahne des Pfeiferhansleins‘ zeigt sie die Vorgeschichte des Großen Deutschen Bauernkrieges, Ende des 15. Jahrhunderts. Der Roman ‚Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck‘ versetzt uns ins 18. Jahrhundert, in die Zeit des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Aus China brachte Alex Wedding den Roman ‚Das eiserne Büffelchen‘ mit, das erste deutsche künstlerische Werk über das neue China. Dies Buch, das alle Werke der neueren deutschen Jugendliteratur an künstlerischer Gestaltungskraft und Schönheit der Sprache übertragt, erhielt mit Recht beim großen Preisausschreiben für das beste Jugendbuch in der DDR den ersten Preis.“

Außerdem erschienen „Das Eismeer ruft“ (1936), „Die Drachenbrut. Chin. Volksmärchen“ (1953), „Schatz der Erde und weißer Schnee“ (1961), „Die Geschichte von der kleinen Schildkröte“ (1963), „Hubert das Flußpferd“ (1963) und „Im Schatten des Baobab“ (1965). Von ihren zahlreichen Herausgaben, Übersetzungen und publizistischen Beiträgen sei als Wichtigstes die Auswahl der achtbändigen Gesammelten Werke von F. C. Weiskopf erwähnt (Dietz-Verlag 1960), die sie zusammen mit Stephan Hermlin besorgte.

□ Der unter so schweren Opfern errungene Sieg Vietnams über die US-Aggressoren und ihre südvietnamesischen Statthalter vor nunmehr 25 Jahren ist untrennbar mit dem Namen **Ho Chi Minh** verbunden. Ho Chi Minh wurde vor 110 Jahren, am 19. Mai 1890, im Dorf Kim Lien in einer revolutionären Gelehrtenfamilie geboren. Schon als 20jähriger verließ er seine Heimat und arbeitete als Schiffsjunge, Koch, Hilfsarbeiter und Tellerwäscher in vielen Ländern Asiens, Europas und Afrikas.



Einen tiefen Eindruck hinterließ bei ihm die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Schon frühzeitig erkannte er, daß sie auch den kolonial unterdrückten Völkern die Möglichkeit eröffnete, den Kampf um ihre Unabhängigkeit mit Erfolg zu führen. In der Entwicklung der Sowjetunion interessierte ihn insbesondere die Lösung der nationalen Frage, die Haltung zu den Bauern und die Bündnispolitik. In seiner Rede auf der Festsitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 6. November 1957 betonte er: „Die Erfahrung des Oktober, die Errungenschaften des Sowjetstaates sind für uns der Leitstern im Kampf um ein glückliches Leben der Völker Vietnams.“

Die Welt lernte diesen kleinen, beinahe schüchtern wirkenden Mann als einen unerbittlichen Kämpfer für die Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt kennen und lieben. Er starb am 3. Sept. 1969.

Als die US-Luftpiraten ihre unzähligen Bomben auf Städte und Dörfer, Schulen und Krankenhäuser, Dämme und Reisfelder der DRV warfen, schrieb Ho Chi Minh an US-Präsident Johnson: „Das vietnamesische Volk liebt zu tiefst die Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden. Angesichts der US-Aggression aber mußte es sich erheben und geeint und ohne Furcht Opfer bringen und große Härte erdulden. Das Volk ist entschlossen, den Widerstand so lange fortzusetzen, bis echte Unabhängigkeit und Freiheit und wirklicher Friede gewonnen sind ... Das vietnamesische Volk wird niemals der Gewalt weichen.“

Unser Autor Gerhard Feldbauer schrieb 1971 im ND: „In der vietnamesischen Befreiungsbewegung hatte Ho Chi Minh die konsequentesten Revolutionäre um sich geschart und wurde deren anerkannter Führer. Ho Chi Minh orientierte die vietnamesischen Revolutionäre auf den Marxismus-Leninismus und organisierte dessen Verbreitung in Vietnam. Um die Gründung einer revolutionären marxistischen Kampfpartei in Vietnam politisch-ideologisch und organisatorisch vorzubereiten, schrieb Ho Chi Minh 1926 die Schrift ‚Der revolutionäre Weg‘. Zum erstenmal wurden in dieser Arbeit von einem vietnamesischen Revolutionär Grundfragen des nationalen und sozialen Befreiungskampfes des Landes und seines Volkes gestellt und wissenschaftlich marxistisch beantwortet. Ho Chi Minh legte in seiner Schrift dar, daß der Grundwiderspruch zwischen den ausgebeuteten Volksmassen und den ausländischen Kapitalisten gelöst und die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wieder errungen werden könnten, wenn die Kapitalisten verjagt werden, wie es in Rußland geschehen war.

„Was braucht die Revolution vor allem?“, fragte er und gab mit logischer Konsequenz die Antwort: „Vor allem braucht sie eine revolutionäre Partei zur Schulung und Organisierung des Volkes im Inneren und nach außen zur Herstellung der Verbindung mit allen unterdrückten Völkern und der proletarischen Klasse. Nur wenn die Partei stark ist, kann die Revolution erfolgreich sein, so wie das Schiff nur fahren kann, wenn ein sicherer Steuerermann es steuert. Um einheitlich und geschlossen zu sein, braucht die Partei eine Ideologie als Rüstzeug. Jedermann in der Partei muß diese Lehre verstehen und nach ihr handeln. Eine Partei ohne Ideologie ist wie ein Mensch

ohne Wissen, wie ein Schiff ohne Kompaß. Gegenwärtig gibt es viele Theorien, viele Ideologien. Aber nur der Leninismus ist die wahrhaftigste, sicherste und revolutionärste Theorie.“ ‚Der revolutionäre Weg‘ war das bis dahin klarste marxistische Dokument eines vietnamesischen Kommunisten. Es ging von den Leninschen Hinweisen zur Schaffung einer marxistischen Kampfpartei und von der Leninschen Revolutionstheorie aus, und es war in einer, wie Lenin es forderte, dem Volk verständlichen Sprache geschrieben. ...

Die hervorragende Rolle Ho Chi Minhs unterstrich der Erste Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan, anlässlich des 40. Jahrestages der Partei am 3. Februar 1970, als er sagte: „Sein großes Verdienst ist, die revolutionäre Bewegung Vietnams mit der internationalen Arbeiterbewegung verbunden und das vietnamesische Volk auf den Weg geführt zu haben, dem er selbst folgte und der den Patriotismus mit dem Marxismus-Leninismus verbindet, auf den einzig möglichen Weg der Befreiung, den die Oktoberrevolution allen werktätigen Völkern und allen unterdrückten Nationen der Welt eröffnete.“ W.M.

Briefe an „RotFuchs“



(...) Besonders will ich mich für die Übersendung des Artikels aus dem „RotFuchs“ über unser Israelisches Kommunistisches Forum bedanken. Ich habe das Material gleich an Meir Vilner (welcher deutsch liest) und seinen Sohn weitergeleitet und empfohlen, es ins Hebräische zu übersetzen, um den Artikel eventuell hier zu veröffentlichen. Übrigens, Genosse Vilner hat das Märzheft des „RotFuchs“ auf dem Postweg erhalten. **Hans Lebrecht, Kibbutz Beit-Oren, Israel**

Bemerkung der Redaktion:

Genosse Meir Vilner war Generalsekretär der KP Israels, sein Sohn Micha Vilner und der bekannte Journalist, Genosse Hans Lebrecht, gehören zu den Mitbegründern des kürzlich ins Leben gerufenen Israelischen Kommunistischen Forums.

Warnun der 1. Mai der „Feiertag der Arbeit“ oder wenigstens in Ansätzen der „Internationale Kampf- und Feiertag der Werktätigen“? In Leipzig, wo im vergangenen Jahr von Neonazis provozierte Krawalle das Bild prägten, herrschte diesmal spießbürgerlich-behäßiger Burgfrieden. Von nahezu 600 000 Einwohnern waren nur etwa 1 000 auf den Beinen. Im hellen warmen Sonnenschein „wanderten“ wir fröhlich schwatzend im Demonstrationzug (was wurde denn demonstriert?) etwa 2 km zum Vökerschlachtdenkmal. Ohne Lieder der Arbeiterklasse, ohne Sprechchöre, ohne Marschmusik!

War das die von der PDS-Kreisvorsitzenden aus Grimma gefundene Widerstandsform „Stumme, aber bunte Gegenwehr“? Wie von ihr gefordert, blieben die Straßen menschenleer, nur „farbige Tücher“ und Plakate mit der Aufschrift „Die Welt ist bunt“ hatten die Einwohner vergessen. „zwischen Rathaus und Kirche“ zu spannen. (...) Und so brav und sittsam verklang auch das „Gerede“ der Sprecher während unserer Leipziger Kundgebung. Wie schrieb doch die KAZ (Nr. 295, S. 28)? „... obwohl sie (die Arbeiterklasse) ihren

Ausbeutern z. Z. (leider) überhaupt nichts zuleide tut - sie ist so brav, daß sie selber als Klasse schon kaum mehr sichtbar ist.“ „Feiertag der Arbeit“ oder „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen“? Dazu Friedrich Engels am 1. Mai 1890 (Vorrede zur deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifests, 1890): „... denn heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum ersten Mal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind. Stünde nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zu sehen.“

Wie gut, daß beide, Engels und Marx, das in Leipzig (und anderswo) im Jahre 2000 nicht mitansahen mußten.

Als DKP-Gruppe haben wir die Lehre daraus gezogen, künftig offensiver und bissiger zum 1. Mai zu demonstrieren. (...)

Kurt Walther, Leipzig

Seit geraumer Zeit erhalten wir als bisherige Sympathisanten und künftige Mitglieder der DKP von Genossen der Gruppe Schwedt fast regelmäßig auch den „RotFuchs“, den wir stets mit großem Interesse durcharbeiten. Wir freuen uns ganz besonders darüber, daß Eure Zeitung konsequent marxistisch-leninistischem Gedankengut die Treue hält (...). Der „RotFuchs“ ist in unseren Augen eine Zeitung, die sich nicht schlechthin als eine Art Interessenvertreter einer DKP-Gruppe darstellt, sondern die weit über diesen Rahmen hinaus alle ehrlichen und aufrichtigen linken Kräfte in diesem Land anspricht und auch erreicht. Wir dürfen Euch sehr herzlich darum bitten, uns - wenn möglich - den „RotFuchs“ regelmäßig zu übermitteln. Anbei eine kleine Spende.

Ingrid und Harri Below, Schwedt

Ich war Delegierter des Münsteraner PDS-Parteitagess aus dem Kreis Chemnitz Land. Seitdem bin ich in vielen Veranstaltungen - so in St. Egidien, Gersdorf, Lichtenstein und Hohenstein-Ernstthal - aufgetreten. In der Diskussion wurden u. a. folgende Meinungen geäußert:

- Wir lassen uns weder von den Medien noch von Funktionären der PDS aus Berlin oder Dresden eine Krise einreden.

- Parteivorstand und Bundestagsfraktion haben an der Basis viel Vertrauen verloren.

- Die Mehrzahl unserer Genossen begrüßt den Beschluß des Parteitagess zu friedenspolitischen Positionen und schätzt die Haltung von Sylvia-Yvonne Kaufmann sehr hoch ein.

- Auch wenn die Genossen Bisky und Gysi einen großen Beitrag zur Entwicklung der PDS geleistet haben, werden ihre gegenwärtigen Äußerungen, die Linken den Parteiaustritt nahelegen, scharf zurückgewiesen. (...) Lothar Bisky sprach davon, die politische Kultur des Umgangs miteinander sei - so wörtlich - auf den Hund gekommen. Dem könnte man ja nur zustimmen, doch leider sind es gerade PV und BT-Fraktion, die es an Kultur fehlen lassen. Dies schlimmste Entgleisung leistete sich in Münster Christine Ostrowski aus dem reformfreundigen Elbflorenz. Sie mißbrauchte ihren „Diskussionsbeitrag“, um Genossen der Kommunistischen Plattform zu diffamieren. (...)

Genosse Peter Porsch - Vorsitzender des PDS-Landesvorstandes und der Landtagsfraktion in Sachsen - erklärte kurz vor Ostern, ihm sei das christliche Paradies sympathischer als das kommunistische. Das kommunistische (für eine ferne Zukunft versprochen) werde er sowieso nicht erleben, dagegen habe er eine Chance, das christliche Paradies im Jenseits zu erreichen. Soweit zu

den Visionen der führenden Persönlichkeit der PDS in Sachsen. (...) Insgesamt bewies der Parteitag von Münster, daß die im Aufruf „Gegen einen Richtungswechsel - für eine starke PDS“ geäußerten Sorgen sehr berechtigt sind. (...) Münster war - sportlich ausgedrückt - nur ein Etappensieg. Die Linken in der PDS sollten deshalb in Zukunft enger zusammenarbeiten.

Abschließend bitte ich den „RotFuchs“, seine klare und eindeutige Sprache beizubehalten und sich von niemandem dabei beirren zu lassen.

Andreas Krämer, Gersdorf, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF der PDS

Nun ist die ideologische Diskussion schärfer geworden. Die Debatte zu den Positionen von Steigerwald bewegt mich sehr. Ich las auch in der UZ die Artikel von Klaus und Dieter. Und natürlich verfolge ich den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen in der PDS nach dem Parteitag in Münster. Ich hoffe, daß der 15. Parteitag der DKP ein Schritt nach vorn wird. Sich zu öffnen, auf die Massen zuzugehen - das setzt ja wohl Festigkeit im Sinne ideologischer Klarheit voraus, Überwindung aller noch schwelenden revisionistischen Einflüsse.

Ich bin gespannt auf Eure nächste Nummer. (...)

Margot Honecker, Santiago de Chile

Für die regelmäßige Lieferung des „RotFuchs“ meinen herzlichen Dank. Da ich auch weiterhin auf die Lektüre dieser ausgezeichnet gemachten Zeitung der Gruppe Berlin Nordost der DKP nicht verzichten möchte, soll meine bescheidene Spende dazu dienen, das weitere Erscheinen des „RotFuchs“ zu sichern, wozu ich als Rentner das mir finanziell Mögliche gern beitragen möchte. Ich wünsche dem ganzen Team bei seiner Arbeit weiterhin viel Erfolg und hoffe, daß uns solche Zeitungen wie die UZ, der „RotFuchs“ oder auch die Weißenseer Blätter noch lange erhalten bleiben.

Dipl.-Ing. Werner Philipp, Eschborn

Am 16. April nahmen wir - zwei Sympathisanten und zwei Mitglieder der DKP - im Hamburger Curio-Haus am 2. Internationalen Hearing des Europäischen Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien teil. Einer der Hauptredner der eindrucksvollen Veranstaltung war Jens-Uwe Heuer. Unter den fast 400 Anwesenden sah man Inge Viett und Hermann Kant. Der offizielle Vertreter der Bundesrepublik Jugoslawien nannte die Gründe für die Aggression und auch dafür, daß der NATO-Krieg in anderen Formen - beispielsweise in Gestalt des verbrecherischen Embargos und heimtückischer Attentate gegen Persönlichkeiten aus dem Umfeld Slobodan Milosevics - weitergeht, obwohl derzeit keine Bomben fallen: - zu zeigen, daß jeder in die Schranken gewiesen wird, der es wagt, gegen den Kurs des Imperialismus aufzubegehren, jeder der die Interessen der Räuber - Zugang zu Rußland und China/Kontrolle über die Rohstoffe des kaspisch-kaukasischen Raumes - beeinträchtigt.

- zu demonstrieren, daß jeder abgeschreckt wird, der sich der Schaffung einer neuen imperialistischen Weltordnung widersetzt. Teilnehmer wie Redner vertraten ein breites Spektrum von Kriegsgegnern und waren sich einig, daß das nach wie vor aufs äußerste bedrohte Jugoslawien mehr denn je unserer Solidarität bedarf.

Monika Kauf, Gerda Klabbuhn, Berlin

Wie Ihr wißt, sind für mich ideologische und theoretische Positionsbestimmungen mit praktischen Konsequenzen verbunden, oder sie lösen sich früher oder später in Luft auf. Am ersten mangelt es nicht im „RotFuchs“, da sind wir uns einig. Jedoch kann ich mein Unbehagen darüber nicht verleugnen, daß es auf meine nur in Leser-

briefen geäußerten Vorstöße bezüglich Parteiperspektiven keine sich darauf konkret beziehende Reaktion gegeben hat, auch nicht seitens der Redaktion. Sie hätte ja so oder so ausfallen können, oder stimmt es, daß keine Antwort auch eine ist? Nun war auch die Redaktion der UZ so freundlich, meinen Beitrag „Für eine neue Partei“ ungekürzt abzudrucken, den Ihr doch sicher aufmerksam gelesen habt. Es war am 14. 4., und ich hatte die leise Hoffnung, daß sich bis zum Erscheinen des „RotFuchs“ noch ein Plätzchen hätte finden lassen, um zunächst kurz darauf einzugehen. Es war nicht so. So bleibe ich denn weiter neugierig, ob sich in der Mai-Nummer des RF etwas rührt.

Willi Belz, Kassel

Kurzantwort der Redaktion

Lieber Willi, Deine Darlegungen haben wir mit großem Interesse gelesen. Auch wir sind für den Zusammenschluß aller deutschen Kommunisten in einer Partei. Wie diese einmal heißen wird, bleibt der Zukunft vorbehalten. Warum nicht NKPD? Man muß zielstrebig darauf hinarbeiten, sollte aber den Prozeß des Zusammenwachsens andererseits auch nicht „antreiben“.

Norbert Pauligk und ich haben zueinander gefunden. Die letzte Ausgabe des „RotFuchs“ hat meine Frau in ihrem Kopierladen bereits für den Schweriner Raum vervielfältigt. Ich bin unterwegs zum Parteitag nach Münster, der einige Klarheit schaffen wird. Der Gipfel der Entgleisungen ist der Artikel von Jörn Schüttrumpf (ND vom 1. April). Dies ist eine Absage an kulturvolle Streitfähigkeit. Da ich mit zu den Unterzeichnern des Aufrufes „Gegen einen Richtungswechsel - Für eine starke PDS“ gehöre, fühle ich mich auch persönlich diffamiert. (...)

Konstantin Brandt, Pinnow

Vor einigen Wochen erschien in der „Märkischen Oder-Zeitung“ ein längerer Beitrag, in dem der Verfassungsschutzchef des Landes Brandenburg die Position seiner Behörde gegenüber der PDS darstellte. Er erhob die Forderung, die PDS solle sich von ihren marxistischen, kommunistischen und ähnlichen Mitgliedern trennen, also eine bürgerliche Partei im Sinne der SPD werden, um nicht als verfassungsfeindlich zu gelten. Andererseits drohe die Überwachung durch den Verfassungsschutz. Dem wurde auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS in Münster durch die Delegierten nicht entsprochen. Und schon teilt uns der ORB mit, Bayerns wie Brandenburgs Verfassungsschutz wollten die PDS offiziell unter Beobachtung stellen. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, das die Feinde des Sozialismus unter Kontrolle hielt, aber wird verteuftelt.

Günter Werzlau, Schwedt

Freue mich immer über Eure Post. Eine erholsame Lektüre.

Dr. Dieter Schultz, Berlin

Natürlich haben wir während der Kur in Bad Sassendorf den Münsteraner PDS-Parteitag im Fernsehen und in der Presse interessiert verfolgt. Wir sind froh, daß zwei Drittel der Delegierten die Vorgaben von Gysi und Co. in einer wichtigen Frage ablehnten. Tendenzen dieser Art erleben wir während der „Wende“ im Nordthorner Stadtrat, als zwei DKP-Ratsherren öffentlich mit der Bemerkung aus der Partei austraten: „Der Kapitalismus hat uns nicht eingeholt, sondern überholt“. Sie nannten sich dann „Glasnost-Fraktion“ und sind längst von der Bildfläche verschwunden. (...) **Lisel und Heinz Deymann, Nordhorn**

Durch Rolf Vellay bin ich auf Euch gestoßen und habe nun das erste Exemplar des „RotFuchs“ mit

Erwartung und befriedigt gelesen. Die meisten Eurer Mitarbeiter sind mir zumindest namentlich durch Beiträge in anderweitigen Schriften bekannt. Da fällt es nach der Lektüre nicht schwer, Euch zu bitten, mir künftig Eure Zeitung zu schicken. (...) Ich bin ein parteiloser Genosse, da meine Frau und ich 1990 aus der DKP ausgetreten sind, weil die Partei dem Verbrecher Gorbatschow zu lange zugejubelt hat. Daß wir nicht resigniert haben, bestätigt dieses Schreiben an Euch. Ich wünsche der DKP und der BRD viele Gruppen nach der Art von Berlin-Nordost. Gruß und Faust

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Ich habe mit Interesse die Diskussion in der UZ verfolgt und neulich ein „RotFuchs“-Exemplar bei einem DKP-Genossen gelesen. Nun habe ich Interesse am Bezug der Schrift. Wie erfolgt die Bezahlung? Ich habe erstmal ein paar Briefmarken beigelegt. Für die Zusendung bin ich dankbar.

Dr. Hansjörg Schneider, Bremen

Herzlichen Dank für den 27. „RotFuchs“. Mit besonderem Interesse habe ich den Beitrag über Eure Versammlung am 28. März gelesen. Was Heinz Stehr dort zum Steigerwald-Artikel gesagt hat, wiederholte er auch auf der Landesmitgliederversammlung in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz vieler Kritiken bleibt er bei seinem Standpunkt (...)

Vielleicht könnte der „RotFuchs“ auch etwas zu dem Hager-Artikel über den FKP-Parteitag sagen. Mit Marxismus-Leninismus hat der doch herzlich wenig zu tun.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Zu dem Beitrag „Appisets aus Karl-Marx-Stadt“ eine eigene kleine Erinnerung aus „meiner“ früheren Zeitung. Das Bezirksorgan der CDU für Halle, Leipzig und Magdeburg war vor etwa 15 Jahren von einer falschen Unterzeile auf Seite 1 hart betroffen. (...) Sie sollte lauten: „Auch am dritten Tag des KPdSU-Parteitag nahmen zahlreiche Redner zu aktuellen Fragen Stellung“. Unser Setzer aber hatte aus „Redner“ „Rentner“ gemacht. Die Leipziger Bezirksausgabe war schon hergestellt, als der Maschinenmeister der Rotation im Druckhaus „Freiheit“ routinemäßig eine Zeitung herausnahm. Er drückte sofort den roten Stoppknopf. Nach einem Anruf beim stellvertretenden Chefredakteur wurde die Berliner Parteileitung informiert. Von dort kam der Befehl: Druck abbrechen. Der Vertriebsleiter mußte alle Hauptpostämter, an die die Zeitungen schon ausgeliefert worden waren, alarmieren: keine Zustellung. Das klappte wenigstens, aber die Streifenbandexemplare waren schon unterwegs. (...)

Gerhard Moest, Leipzig

Mit sehr großem Interesse habe ich den neuen „RotFuchs“ gelesen, insbesondere den Bericht über die Versammlung mit Heinz Stehr sowie den Beitrag Bruni Steinigers, Ulrich Huars Artikel zu Lenins Sozialismusvorstellungen und Truschkows „Kleinbürgerliche Schimmelpilze“ - sie alle stellen ja eine direkte oder indirekte Antwort an Robert Steigerwald dar. Der Beitrag von R. St. in der UZ, den ich zunächst zweimal lesen mußte, um nichts mißzuverstehen, hat mich nach dem, was er bisher veröffentlichte, gar nicht so sehr überrascht. Erschüttert hat mich allerdings, daß sich Heinz Stehr auf Eurer Versammlung ausdrücklich zu diesem Artikel bekannt und ihn sogar für „längst überfällig“ gehalten hat. (...) Ich habe den Eindruck, daß wir die ideologische Hauptarbeit noch vor uns haben.

Dr. sc. Sigmar Eßbach, Berlin

Ich weiß nicht, wem ich den Empfang des „RotFuchs“ zu verdanken habe. Egal, ich habe

mich darüber gefreut und beglückwünsche Euch dazu.

Erwin Riekert, Denzlingen

Ein paar Bemerkungen zum Antrag des PV an den 15. Parteitag der DKP.

So wichtig es ist, im Rahmen einer Wissenschaft exakte Begriffe und Formulierungen zu gebrauchen, scheint es doch einer Überlegung wert, erläuternde Ausführungen einfließen zu lassen. Fakt ist, daß heute in der BRD zwei Völker mit unterschiedlicher historischer Entwicklung und Kultur leben. So kann m. E. nicht vorausgesetzt werden, daß sich z. B. die Bevölkerung der alten Bundesländer in der Begriffswelt und in der Weltanschauung des historischen und dialektischen Materialismus genauso zurechtfindet wie zumindest die ältere Bevölkerung der früheren DDR, was wahrscheinlich auch für die jüngere Generation der gesamten BRD zutrifft. Andererseits dürften den Menschen im Osten die Möglichkeiten und die Rolle der Gewerkschaften in den kapitalistischen Unternehmen weniger geläufig sein als der Bevölkerung in den alten Bundesländern. Wenn in der Diskussion über die Formulierung „Theoretische Grundlage des politischen Wirkens der DKP ist die wissenschaftliche Weltanschauung, deren Fundamente von Marx, Engels, Lenin und anderen Marxistinnen und Marxisten erarbeitet wurden“, die Frage nach den anderen Marxisten gestellt würde, so wären aus der DDR mindestens Prof. Dr. Georg Klaus und Prof. Dr. Johannes Müller zu nennen. G. Klaus hat einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des Zusammenhangs von Kybernetik und Gesellschaft geleistet. Die Kybernetik ist eine Wissenschaft, die die dynamischen, sich selbst regulierenden Systeme zum Gegenstand hat, zu der die Natur in ihrer Gesamtheit und also auch die Gesellschaft gehört. J. Müller hat mit der Entwicklung der Systematischen Heuristik Grundlagen zur Rationalisierung der geistigen Arbeit geschaffen. (...) Da in dem Antrag des PV u. a. zu lesen ist: „Eine wissenschaftliche Weltanschauung muß auf der ständigen Analyse und Verallgemeinerung der Ergebnisse der einzelnen Wissenschaften ... beruhen“, vermisste ich die Einbeziehung der Kybernetik, der Heuristik sowie der Chaos-Theorie in den historischen und dialektischen Materialismus. (...)

Fred Engels, Berlin

Anläßlich des 1. Mai übersende ich Grüße an die Redaktion des „RotFuchs“ und wünsche Euch viel Erfolg. Ein eifriger Leser mit weiteren Gleichgesinnten.

Kurt Krah, Leipzig

Der April-„RotFuchs“ ist Klasse geworden! Was mir in wohl jeder Nummer gefallen hat, finde ich dieses Mal besonders ausgeprägt: Die Klarheit in Sachen proletarischer Internationalismus und anti-imperialistische Solidarität. Norbert Paulig hat das, einmal mehr, besonders deutlich gemacht. Zu seiner Schlußbemerkung, warum Bush wohl Ehrenbürger von Berlin geworden ist, kann ich noch eine neue Äußerung von Kissinger beisteuern: Auf die Frage, warum er Kohl zum 70. Geburtstag gratuliert habe, antwortete er in einer TV-Sendung, der Jubilar sei nicht nur sein Freund, sondern auch ein großer Mann, dessen Leistung in die Geschichte eingehe. Er habe seinerzeit die Stationierung der Pershing II-Raketen in der BRD durchgesetzt, „ohne die es den Kommunismus vielleicht noch heute gäbe“. (...)

Grüßt bitte den Genossen Fred Müller von mir und sagt ihm, daß es mich besonders gefreut hat, daß ein Interbrigadist die unsägliche Frauentagskolumne der UZ kritisiert hat. Dieser Artikel hatte mich ziemlich wütend gemacht, aber wütende

Leserbriefe schmeißt die Redaktion ja ohnehin gleich weg.

Werner Hoppe, Hamburg

Anbei übersende ich Briefmarken im Wert von 50 DM als unsere Spende für die Finanzierung der April-Ausgabe. Der „RotFuchs“ ist für uns stets eine unverzichtbare aktuelle Ergänzung in der manchmal notwendigen Auseinandersetzung mit gewissen Auffassungen, wie sie in der UZ vertreten werden. Bisher haben wir immer vier Exemplare erhalten. Gegen ein fünftes hätten wir auch nichts einzuwenden.

Alfred Lehmann, Vorsitzender der DKP-Gruppe Dessau

Anbei das neueste Exemplar unserer Zeitung „Die Lupe“, die von der DKP Limburg-Weilburg herausgegeben wird. Der „RotFuchs“ kommt hier gut an. Die April-Ausgabe war wieder mit Artikeln gespickt, die es mir wichtig machen, die Zeitschrift zu lesen. Insgesamt halte ich den „RotFuchs“ auch in der innerparteilichen Diskussion für notwendig. Ein Beitrag hat es mir besonders angetan, da er auf eine Problematik eingeht, die mich schon lange beschäftigt. Kurz nach unserer Niederlage im Systemwettkampf hatten wir eine Diskussion, bei der eine Genossin fragte, wieso der Sozialismus die Konsumwünsche der Menschen nicht so befriedigen konnte wie der Kapitalismus, obwohl es doch im Sozialismus keine Ausbeuter mehr gab. Der Artikel „Nur unsere Niederlage?“ von Norbert Paulig untersucht diese Frage gründlich. Der Autor schreibt sehr richtig: „Die Analyse der Ursachen der Niederlage sollte sich intensiver mit ökonomischen Grundfragen, den ideologischen Aus- und Rückwirkungen im Weltmaßstab befassen.“ Seinen Hinweis, daß die Ausplünderung der Dritten Welt in den Hauptländern des Imperialismus eine Akkumulationskraft schuf, die 2,5 bis 3 mal stärker war als in allen sozialistischen Staaten, habe ich bisher nicht so wahrgenommen. Richtig ist auch die Feststellung: „Sie ermöglichte beachtliche soziale Zugeständnisse zur Ruhigstellung und sozialen Korrumpierung der Bürger in den Metropolen, was als ‚Wohlstandsalternative‘ zum Sozialismus ausgegeben werden konnte“. (...)

Hubert Bachhofen, Weilburg

Schön zu wissen, daß man als von halbseidenen Linken zum „Anhänger der reinen Lehre“ Gestempelter im „RotFuchs“ Klarheit und Orientierung findet.

Joachim Loeb, Berlin

Vielen Dank für die regelmäßige Lieferung des „RotFuchs“. Er stellt eine Bereicherung der Presse der kommunistischen Bewegung dar. Besonders der theoretische Teil der Zeitung ist sehr gut und für jeden Leser verständlich. Weiters! Futtergeld in Form von Briefmarken.

Rolf Bruß, Rostock

Es freut mich immer wieder, den „RotFuchs“, die ganz andere Zeitung - aus der Sicht der Arbeiterklasse -, zu lesen. Wenn ich das Blatt so durchschaue, finde ich fast nur Artikel, die die Dinge vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus betrachten. Bei K.-E. v. Schnitzler könnte es jeden Monat ein „Schwarzer Kanal“ - auf andere Art sein. In der PDS agieren unterdessen die Bernsteinianer gegen die echten Marxisten. Ich hoffe, daß sich diese Auseinandersetzung nicht zum Nachteil, sondern eher zum Nutzen der PDS auswirkt. Allerdings nur dann, wenn sich die Aktivitäten der Kommunistischen Plattform und anderer Linker verstärken und durchsetzen, damit die PDS eine sozialistische Partei ohne Anpassung an den Imperialismus bleibt.

Joachim Kschig, Berlin-Reinickendorf

Herzliche Glückwünsche

Am 20. Juni 2000 vollendet unsere bewährte und verlässliche, treue und disziplinierte

Genossin Marianne Ahrens

ihr 75. Lebensjahr. Sie hat sich als Verkehrs-Ingenieurin in leitenden Funktionen des Eisenbahnwesens der DDR durch hohen Einsatz ausgezeichnet. Seit Jahrzehnten in der kommunistischen Bewegung, gehört sie zum aktiven Kern unserer Gruppe. Als langjährige Kassiererin und Mitglied des Vorstandes hatte sie wesentlichen Anteil daran, daß sich die DKP Nordost zu einem festgefügt marxistisch-leninistischen Kollektiv der Berliner Bezirksorganisation entwickeln konnte. Ihre Lebens- und Kampferfahrungen sind für uns alle, die wir uns mit Marianne eng und freundschaftlich verbunden fühlen, von großem Wert. Herzlich gratulieren der **Gruppenvorstand** und die „RotFuchs“-Redaktion



Eine Runde weitergekommen im Stafettenlauf des Lebens sind unsere Genossinnen und Genossen **Annemarie, Bodo, Christian, Helga und Regine**.

Einen symbolischen Blumenstrauß unseren Geburtstagskindern!

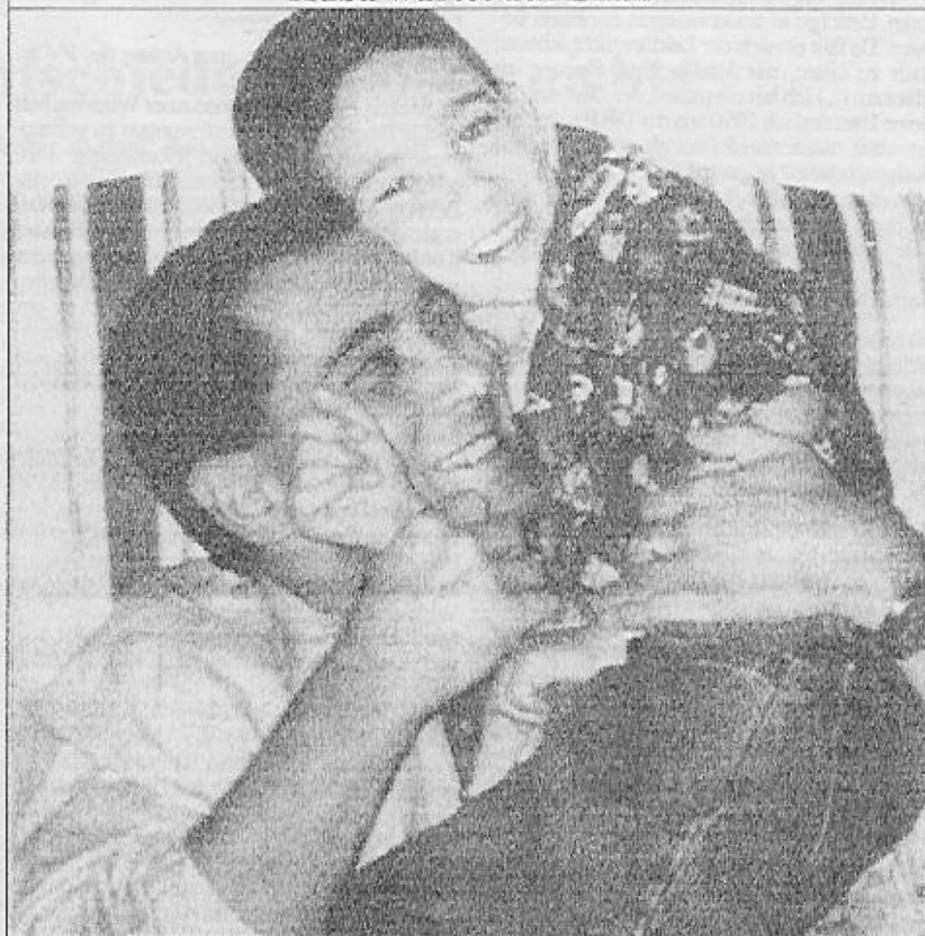
Die DKP-Gruppe Nordost lädt Mitglieder, Sympathisanten und Freunde zu einer öffentlichen Parteiversammlung am **Dienstag, dem 27. Juni 2000**, um 19.00 Uhr in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz ein.

Thema: Auswertung des 15. Parteitages der DKP

Es berichten die Delegierten unserer Gruppe Genosse **Prof. Dr. Hans Fischer** und Genossin **Dr. Annemarie Mühlefeldt**.

Anschließend Diskussion.

Kuba wartet auf Elián



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen